

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2003

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

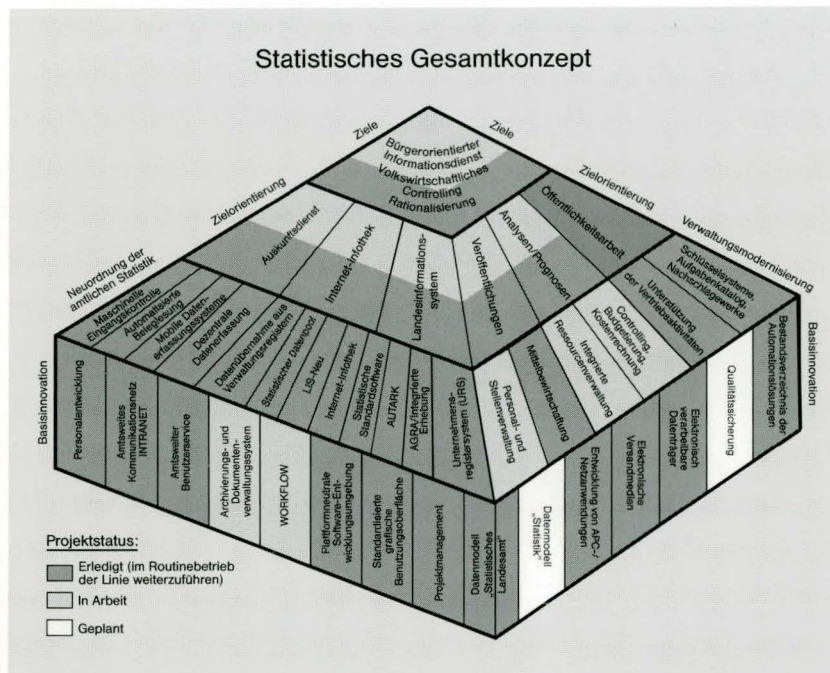
August

September

Oktober

November

Dezember



Statistisches Landesamt

Inhalt

Kosten/Nutzen-Diskussion zur amtlichen Statistik	45	Eine funktionierende Demokratie braucht verlässliche Informationen. Gerade in einem Gemeinwesen, das sich als Wissens- und Informationsgesellschaft versteht, ist es wichtig, diese informationelle Infrastruktur zu schaffen. Vor dem Hintergrund des „magischen Dreiecks“ – Sparen durch Statistik / Sparen an der Statistik / Sicherung der informationellen Infrastruktur – ist die Kosten/Nutzen-Diskussion in der amtlichen Statistik zu führen und politisch zu werten.
Menschen mit Behinderungen	50	Durch Beschluss des Rates der Europäischen Union ist das Jahr 2003 zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen erklärt worden. Der Beitrag will mit Angaben aus verschiedenen Quellen Informationen über Behinderte in Rheinland-Pfalz vermitteln. Er gibt Einblick in Daten über Schwerbehinderte, wie Alter, Art der Behinderung und Erwerbstätigkeit, über Eingliederungshilfen für Behinderte sowie die schulische und berufliche Bildung behinderter Menschen.
Kurzbeiträge	59	Einfamilienhäuser im Aufwärtstrend
Anhang	25*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	34*	Daten zur Konjunktur Deutschland/Rheinland-Pfalz
	36*	Neuerscheinungen im Februar

Entscheidender Schritt zum Ausbau des „Bürgerorientierten Informationsdienstes“

Startschuss für Pilotbetrieb von neuem Landesinformationssystem und Internet-Infothek

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz in Bad Ems baut seinen ‚Bürgerorientierten Informationsdienst‘ weiter aus, wie Innenstaatssekretär Karl Peter Bruch und der Präsident des Statistischen Landesamtes, Klaus Maxeiner, in einer Pressekonferenz in Mainz mitteilten. Als größter Informationsanbieter des Landes erstelle das Statistische Landesamt in rund 250 Arbeitsfeldern umfassende statistische Auswertungen und erschließe hierbei vielfältige Bereiche des Lebens. Das Datenspektrum umfasse Bevölkerungs- und Bildungsstatistiken, Wirtschaftsstatistiken, Umwelt- und Sozialstatistiken sowie Finanz- und Steuerstatistiken. „70 Millionen Informationen aus den genannten Bereichen können künftig benutzerfreundlich über das neue Landesinformationssystem (LIS-Neu) und die Internet-Infothek abgerufen und weiterverarbeitet werden. Dies ist ein entscheidender Schritt des Landes zum weiteren Ausbau des ‚Bürgerorientierten Informationsdienstes“, so Staatssekretär Bruch und Präsident Maxeiner.

Damit sei, so Innenstaatssekretär Karl Peter Bruch, die größte technologische Neuentwicklung des Statistischen Landesamtes in den letzten Jahren erfolgreich abgeschlossen. Zur optimalen Datenversorgung der Bürgerinnen und Bürger, der Politik, der Medien, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Verwaltung sei das bereits seit Anfang der 70er-Jahre mit großem Erfolg betriebene Landesinformationssystem, mit dem seinerzeit die Erstinbetriebnahme von IMS (Information Management System) im öffentlichen Bereich der Bundesrepublik Deutschland gelungen war und das nun eine fundamentale technologische Neuerung erfahren habe, von großer Bedeutung.

LIS-Neu, das bundesweit erste Informationssystem der amtlichen Statistik, das auf einer relationalen Datenbank basiert, starte heute den Pilotbetrieb in zunächst zwei Anwendungsbereichen: der ‚Landesplanung‘ und der ‚Allgemeinen Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik‘. Zukünftig werde LIS-Neu allen Einrichtungen zur Verfügung stehen, die an das landesweite rlp-Netz angeschlossen sind. Parallel dazu sei eine Internet-Infothek entwickelt worden, die jedem Nutzer die Möglichkeit eröffne, individuell über das World Wide Web in der umfangreichen statistischen Datenbank zu recherchieren. Zunächst werde auch die Internet-Infothek – in einer Pilotanwendung beim SWR – erprobt, so Staatssekretär Bruch und Präsident Maxeiner in der Pressekonferenz in Mainz, während der sich die Medien von dem hohen Leistungsstand der Neuentwicklung der Bad Emser Statistiker hatten überzeugen können.

„Demokratisch verfasste Informationsgesellschaften sind auf methodisch einwandfreie, politisch neutrale und allen Bürgerinnen und Bürgern zugängliche Informationen angewiesen. Mit seinem ‚Bürgerorientierten Informationsdienst‘ leistet das Statistische Landesamt hierzu einen wichtigen Beitrag“, betonte Bruch abschließend.

LIS-Neu und Internet-Infothek sind quasi Geschwister, die sich in Leistungsumfang, Benutzerführung und Funktionalität weitgehend gleichen. Dahinter liegen jedoch – vor allem aus Sicherheitsgründen – zwei separate Datenbanken. Die Internet-Infothek wird außerdem dem Umstand Rechnung tragen, dass sie stärker von Bürgern – also von „Normalverbrauchern“ – genutzt wird, während die Anwender von LIS-Neu „Profis“ sind, die sich in der Systematik der amtlichen Statistik gut auskennen. LIS-Neu ist bundesweit das erste umfassende Informationssystem der amtlichen Statistik, das auf der Grundlage einer relationalen Datenbank einsatzbereit ist. Diese Technologie erlaubt es, zwischen statistischen Merkmalsträgern bestehende Beziehungen besonders effizient abzubilden. Die bisher eingesetzten Informationssysteme basieren dagegen auf über 30 Jahre alten Systemen, entweder dem hierarchischen Datenbanksystem IMS der Firma IBM oder dem adaptierten Datenbanksystem ADABAS der Firma SAG.

LIS-Neu eröffnet den Benutzern die freie Recherchierbarkeit der Daten. Die zwischen unterschiedlichen Erhebungen – z. B. auf Ortsgemeindeebene – bestehenden Beziehungen können mittels einfacher Verknüpfungsoperationen abgebildet werden. Das System weist damit ein hohes Maß an Flexibilität auf. Flexibel ist das System auch deshalb, weil ausschließlich elementare Daten gespeichert sind. Erst zum Zeitpunkt des Abrufs werden die Daten auf das gewünschte Aggregationsniveau (z. B. die Kreisebene) verdichtet. Obwohl Einzeldaten gespeichert sind, ist sichergestellt, dass keine Informationen angezeigt werden, die der Geheimhaltung unterliegen.

Natürlich können Nutzer die Tabellen auch im Tabellenkalkulationsprogramm Excel weiterverarbeiten. Es besteht aber auch die Möglichkeit, im Landesinformationssystem – wie später auch in der Internet-Infothek – zu rechnen, Graphiken zu erstellen und sich die Ergebnisse auf Karten anzuschauen.

Während die Internet-Aktivitäten sich bisher auf Einzelbereiche – z. B. das Wahlgeschäft – und vorgefertigte Tabellen bezogen, können nun tief gegliederte Einzelatbestände miteinander verknüpft werden. Das Arbeiten selbst wird benutzerfreundlich (graphikbasiert), also per Maus-Klick, möglich. Die Windows-Oberfläche gestattet ein Weiterverarbeiten in der Office-Welt.

Noch während der Pilotphase wird weiter an der Erweiterung der Datenbank um jene Statistikbereiche gearbeitet, denen ein hohes Interesse bei Bürgern, Staat und Gesellschaft zukommt.

2003: Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Das Jahr 2003 rückt als Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen auch Daten und Informationen zu dieser Personengruppe weiter in den Mittelpunkt des Interesses. In Rheinland-Pfalz waren Ende 2001 mehr als 320 000 Menschen schwerbehindert. Ihre Zahl ist seit Anfang der 90er-Jahre um gut 12% gestiegen. In diesen Angaben sind alle Menschen enthalten, die aufgrund ihres Behinderungsgrades von mindestens 50 einen Schwerbehindertenausweis besitzen. Die Schwerbehindertenquote hat sich in dem genannten Zeitraum aber kaum verändert, da die Anzahl der Schwerbehinderten in gleichem Maße wie die Bevölkerung gewachsen ist. 1991 wie 2001 hatte jeder dreizehnte Rheinland-Pfälzer einen Schwerbehindertenausweis.

Häufigster Grund für die Anerkennung als Schwerbehinderter ist die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen. Knapp 28% der Schwerbehindertenausweise wurden wegen solcher Erkrankungen ausgestellt, zehn Jahre zuvor waren es noch gut 33%. Den größten Anteil hatten hierunter die Beeinträchtigungen der Funktion von Herz und Kreislauf.

Behinderte erhalten unter gewissen Voraussetzungen Leistungen aus der Sozialhilfe. Diese so genannte Eingliederungshilfe für Behinderte hatte im Jahr 2001 einen Anteil von 48% an den gesamten Sozialhilfeausgaben.

Um die Eingliederung von behinderten Menschen in den Arbeitsprozess zu erleichtern oder überhaupt erst zu ermöglichen, werden zudem unterschiedliche Fördermaßnahmen durchgeführt.

Rund 4% aller Schülerinnen und Schüler werden sonderpädagogisch gefördert. Die Voraussetzung hierfür ist, dass in einem sonderpädagogischen Gutachten ein sonderpädagogischer Förderbedarf attestiert wird, und zwar unabhängig davon, ob gleichzeitig eine Schwerbehinderung im Sinne des Schwerbehindertenrechts vorliegt oder nicht. Im Herbst 2001 wurden an den landesweit 144 Sonderschulen insgesamt 16 951 Schülerinnen und Schüler ausgebildet. Weitere 1 605 Jungen und Mädchen wurden im Rahmen integrierter Maßnahmen außerhalb des Sonderschulbereiches an allgemeinen Schulen unterrichtet und erfuhren dort eine ihrer Behinderung gemäße sonderpädagogische Zusatzförderung. Des Weiteren besuchten 133 Kinder einen der elf Sonderschulkindergärten im Lande.

Die Beschäftigung von Schwerbehinderten soll durch eine vorgeschriebene Beschäftigungsquote gefördert werden. Während bei den öffentlichen Arbeitgebern die vorgeschriebenen 5% gerade erreicht werden, erfüllen

die privaten Arbeitgeber die Quote nicht. Im Oktober 2002 waren 6 141 Schwerbehinderte arbeitslos gemeldet. 45% davon zählten zu den Langzeitarbeitslosen, das heißt sie waren länger als ein Jahr ohne Arbeit.

Mehr über dieses Thema auf Seite 50.

**Winzer erzeugten 6,6 Mill. hl Wein
Rotwein erreicht mittlerweile einen Anteil von 30%**

Aus den im Jahr 2002 in Rheinland-Pfalz geernteten Trauben erzeugten die Winzerinnen und Winzer des Landes 6,6 Mill. hl Wein. Das waren 11% mehr als im Vorjahr.

Der bei den Verbrauchern zunehmend beliebte Rotwein kommt auf einen Anteil von knapp 30%. Die 2 Mill. hl Rotwein wurden überwiegend in den Anbaugebieten Pfalz (880 000 hl) und Rheinhessen (788 000 hl) erzeugt. Die größte Menge an Weißwein wurde in Rheinhessen (1,9 Mill. hl) produziert. Es folgte das Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer mit 1,4 Mill. hl vor der Pfalz (1,1 Mill. hl).

Große Unterschiede gibt es bei der Qualitätseinstufung von Weiß- bzw. Rotwein. Während beim Weißwein immerhin 36% als Qualitätswein mit Prädikat vermarktet werden, sind es beim Rotwein nur 3%. Allerdings werden 12% des Weißweins als einfacher Landwein verkauft. Der entsprechende Anteil beim Rotwein beträgt dagegen nur 1,4%.

Mehr als die Hälfte der Landkreise erhöhte die Kreisumlage

Im vergangenen Jahr haben 13 Landkreise den so genannten „Kreisumlagesatz“ angehoben, acht hielten ihn gegenüber 2001 konstant und nur drei entschieden sich für eine geringfügige Senkung. Durchschnittlich erhöhte sich der Umlagesatz um einen halben Prozentpunkt auf 35,3%, nachdem er zuvor vier Jahre lang nahezu konstant geblieben war.

Die Kreisumlage stellt mit rund einem Drittel der Bruttoeinnahmen des Verwaltungshaushalts eine wichtige Einnahmequelle für die Kreishaushalte dar. Im Jahr 2002 nahmen die Landkreise aus dieser Umlage insgesamt 648 Mill. Euro ein, das waren trotz der Umlagesatzerhöhungen knapp 3,6% weniger als im Jahr 2001.

Mit einem Pro-Kopf-Umlagebetrag von 291 Euro lag der Landkreis Mainz-Bingen an der Spitze. Er verzeichnete mit 37,9% auch den höchsten Umlagesatz. Der Landkreis Südwestpfalz dagegen kam mit dem niedrigsten Umlagesatz (32%) aus und hatte mit etwas über 174 Euro auch die niedrigste Pro-Kopf-Umlage.

Kosten/Nutzen-Diskussion zur amtlichen Statistik

Die gegenwärtig bundesweite Diskussion zur „amtlichen Statistik“ befasst sich im Wesentlichen mit drei Fragen.

Zur Effektivität:

Werden überflüssige Statistiken geführt, fehlen wichtige Informationen?

Zur Effizienz:

Ist die Aufbau- und Ablauforganisation – bei hohem Rationalisierungsgrad und entsprechender Produktivität – wirtschaftlich?

Zur Bund/Länder-Kooperation:

Lassen sich mit verstärkter Aufgabenbündelung und Kooperation – durch Arbeits- und Kostenteilung – weitere Einsparungen erzielen?

Zu diesen drei Fragen soll im Folgenden Stellung genommen werden.

I. Erhöhung der Effektivität – Aufgabenkritik

„Die amtliche Statistik ist kein Selbstzweck. Vielmehr stellt sie Informationen zur Verfügung, die es der Politik ermöglichen, verantwortliche Aussagen für uns, für unsere Kinder und Kindeskiner zu formulieren und umzusetzen.“¹⁾

Parlament und Regierung benötigen Planungsdaten für Regional-, Landes- und Fachplanung, sie benötigen Entscheidungsunterlagen zur Beurteilung alternativer Möglichkeiten und sie benötigen Daten zur Kontrolle der Wirksamkeit politischer Aktivitäten. „Good government needs good statistics. Statistics are cornerstones of a modern democracy.“²⁾ Für die Verwirklichung des Sozialstaatsprinzips sind statistische Informationen – denen nach Bundesverfassungsgericht Verfassungsrang zukommt – ein Grundelement der Infrastruktur.

„Ohne hinreichende Datenbasis sind teure Fehlplanungen im Bereich der Landespolitik, z. B. bei der öffentlichen Infrastruktur – bei Schulen, Krankenhäusern und Straßen – nicht zu vermeiden. Die durch fehlende oder falsche Daten entstehenden Schäden können den Aufwand für eine verlässliche Statistik schnell und deutlich übersteigen.“³⁾ Ohne verlässliche Zahlen über die Drei- bis Sechsjährigen Kindergärten zu bauen, ohne Kenntnis der Entwicklung der Haushalte und des Wohnungsbedarfs Baumaßnahmen zu subventionieren, ohne regionalisierte Informationen über die Altersstruktur Vorsorge für Altenpflege und Altenheimplätze zu treffen, hieße enorme Fehlinvestitionen in Kauf zu nehmen. Gerade in Zeiten knapper Kassen muss der statistische Dienst mit Basisdaten zu einem „Volkswirtschaftlichen Controlling“ eine frühzeitige Ausrichtung von Planungen und Programmen an neue geänderte Rahmenbedingungen ermöglichen und so zu einem „Sparen durch Statistik“ beitragen.

Dieses Wissen – wie Wissen und Bildung überhaupt – auf das „absolut Notwendige reduzieren“⁴⁾ zu wollen, ist sicher eine leicht fehlinterpretierbare These.

Selbstverständlich ließen sich bei einem Verzicht auf gesetzlich angeordnete Statistiken grundsätzlich entsprechende Kostenreduzierungen erreichen. Allerdings werden solche aufgabenkritischen Ansätze von den zuständigen Ressorts, den Unternehmensverbänden, Kammern und Gewerkschaften sowie anderen Nutzergruppen skeptisch beurteilt. In den letzten 20 Jahren wurde das statistische Aufgabenprogramm sechsmal überprüft und „verschlankt“, so dass „die Möglichkeiten zur Bereinigung ... – will man nicht substanzielle Informationsverluste hinnehmen –“ auch nach Ansicht des Statistischen Beirats „praktisch ausgeschöpft“ sind⁵⁾. Wenn selbst der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Reduzierung von statistischen Meldepflichten für nicht nachvollziehbar hält, „weil statistische Information und ihre Generierung nicht allein unter dem Aspekt der Belastungen für die Unternehmen gesehen werden darf; zuallererst dient die statistische Informationsinfrastruktur der Erzeugung und Bereitstellung qualitativ hochwertiger Daten für politische und wirtschaftliche Entscheidungen“⁶⁾, dann wird deutlich, dass in der Wissens- und Informationsgesellschaft Statistiken im überragenden Interesse der Allgemeinheit (so das Bundesverfassungsgericht) „notwendend“ sind. Das Programm am „Notwendigen auszurichten“ wäre eine angemessene These, die Raum für zusätzliche

1) Innenminister Walter Zuber in einer Landespressekonferenz vom 12. Dezember 2002.

2) Tony Blair: Gute Regierung benötigt gute Statistiken. Statistiken sind Ecksteine einer modernen Demokratie.

3) Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz vom 22./23. November 2001.

4) Regierungserklärung der Bundesregierung vom 23. November 1994.

5) Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik – Bericht des Statistischen Beirats an die Bundesregierung zur 14. und 15. Legislaturperiode, Wiesbaden, Juni 2002.

6) Aus einem Schreiben des BDI-Präsidenten Dr. Michael Rogowski an den damaligen Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller vom 26. Juni 2002.

Statistisches Gesamtkonzept (Projektstatus – Stand: 1. März 2003)

Projektkurzbezeichnung		Erledigt (im Routine- betrieb der Linie weiter- zuführen)	In Arbeit	Geplant	Anmerkungen
I. Weiterentwicklung des Landesinformationssystems (LIS-Neu)					
1.	Data-Warehouse, grafische Benutzeroberführung	X			GENESIS wird nach den derzeitigen Planungen im Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz nicht eingesetzt. Im Rahmen einer Exportfunktion des neuen LIS wird es aber möglich sein, den GENESIS einsetzenden Ämtern in einem kompatiblen Format Daten aus LIS-Neu zu überlassen.
2.	GENESIS	X			
3.	Datenmodell „Statistik“			X	
4.	Statistischer Datenpool	X			
5.	Statistische Standardsoftware	X			
6.	Elektronisch verarbeitbare Datenträger	X			
II. Internet-Infothek					
7.	Internetfähige Datenbank	X			Zurzeit erfolgt das Laden der Datenbank mit dem Ziel des Tests durch Pilotanwender.
8.	Elektronische Versandmedien	X			
III. Statistischer Eingangs- und Ausgangsbereich					
9.	Automatische Datenerfassung und Belegung	X			Derzeit sukzessive Einführung der internetbasierten Erhebung bei den Wirtschaftsstatistiken. Piloteinsatz des Verfahrens ELIA zur maschinellen Unterstützung des statistischen Eingangs- und Ausgangsbereichs.
10.	Dezentrale Datenerfassung	X			
11.	Maschinelle Eingangskontrolle	X			
12.	Datenübernahme aus Verwaltungsregistern	X			
13.	AGRA/Integrierte Erhebung	X			
14.	Unternehmensregistersystem (URS)	X			
15.	Mobile Datenerfassungssysteme	X			
16.	Entwicklung von APC-/Netzanwendungen	X			
17.	Plattformneutrale Software-Entwicklungsumgebung	X			
18.	Standardisierte Benutzungsoberfläche	X			
19.	Qualitätssicherung			X	
20.	Projektmanagement	X			Übernahme der in anderen statistischen Ämtern realisierten Qualitätssicherungsmethoden.
21.	Schlüsselsysteme, Aufgabenkatalog, Nachschlagewerke	X			
22.	Bestandsverzeichnis der Automationslösungen	X			
IV. Kommunikationssysteme					
23.	WORKFLOW		X		Bezüglich der statistischen Eingangs- und Ausgangsbereiche abgedeckt durch das Projekt 11 „Maschinelle Eingangskontrolle“.
24.	AUTARK	X			
25.	Amtsweites Kommunikationsnetz/INTRANET	X			
26.	Amtsweiter Benutzerservice	X			
27.	Archivierungs- und Dokumentenverwaltungssystem		X		Produktauswahlentscheidung getroffen; im Zusammenhang mit den Projekten 11 „Maschinelle Eingangskontrolle“ und 23 „Workflow“ ist zunächst der Einsatz der Archivierungskomponente des Produktes DOMEA der Firma SER geplant.
V. Verwaltungsmodernisierung					
28.	Personalentwicklung	X			Das Personalentwicklungskonzept ist erstellt (zurzeit Abstimmung mit Personalrat). Bezüglich des Verfahrens FARO erfolgt derzeit die Übernahme der Echtdaten; die Dienstvereinbarung mit dem Personalrat wird vorbereitet.
29.	Personal- und Stellenverwaltung		X		
30.	Mittelbewirtschaftung	X			Abhängig vom Termin der Festlegung auf Landesebene eigenständige Zwischenlösung. Wird Bestandteil eines DV-Verfahrens zur maschinellen Unterstützung eines amtsweiten Controllings sein.
31.	Controlling		X		
32.	Integrierte Ressourcenverwaltung		X		Ergebnis aus den Projekten 22, 25, 27, 30, 31, 32 und 33.
33.	Unterstützung der Vertriebsaktivitäten	X			
34.	Datenmodell „Statistisches Landesamt“		X		

neue Statistiken (z. B. Dienstleistungsstatistik, Konjunkturstatistik, Pflegestatistik, Zensus) und für Streichung nicht mehr erforderlicher Erhebungen offen lässt. Nettoeinsparungen sind auf diese Weise – nach Ansicht aller Fachleute auf Kundenseite – allerdings nicht zu erwarten. Dies entspricht auch den konkreten gesetzlichen Maßnahmen und entsprechenden Erfahrungen des Statistischen Landesamtes. Dennoch bleibt die aufgabenkritische Durchforstung des Statistikprogramms eine permanente Aufgabe insbesondere der Statistikenutzer und letztlich des Gesetzgebers; den statistischen Ämtern kommt hier (nur) eine Beratungsaufgabe zu.

II. Steigerung der Effizienz

Als Ergebnis der Rechnungshofprüfung wurde vom Landtag 1996⁷⁾ festgelegt, durch Rationalisierungen, Aufgabenverzicht sowie Aufgabenverlagerung insgesamt 176 Stellen beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz einzusparen. Bis Ende 2002 waren 173 Stellen bereits eingespart worden; die restlichen drei Stellen sind seit Anfang 2003 unbesetzt. Die Gesamteinsparauflage ist damit erfüllt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes haben dementsprechend in den vergangenen Jahren erhebliche Rationalisierungsanstrengungen unternommen. Der Personalstand wurde um ein Drittel reduziert. Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz hat dieses Ergebnis besonders gewürdigt und sich daher „den vom Bundesrechnungshof und elf Landesrechnungshöfen durchgeführten abgestimmten Prüfungen des Statistikwesens ausdrücklich nicht angeschlossen, weil er insoweit für Rheinland-Pfalz einen aktuellen Handlungsbedarf nicht gesehen hat“⁸⁾.

Weitere Rationalisierungsmaßnahmen durch Abschluss und Umsetzung der 34 Einzelprojekte des so genannten „Statistischen Gesamtkonzepts“ (siehe Übersicht 1) werden ohnehin vom Statistischen Landesamt gemeinsam mit dem Statistischen Landesauschuss – unter Beteiligung des Landesrechnungshofs – angegangen. Voraussetzung und Folge solcher Rationalisierungen sind jedoch strukturelle Anpassungen an die damit verbundene Wahrnehmung höherwertiger Aufgaben.

Im Haushalt 2004/05 sollen die weiteren Einsparziele – Umfang der Stelleneinsparungen – festgelegt und die Rationalisierungsvoraussetzungen (Stellenhebungen, technologische Verbesserungen) vereinbart werden.

III. Vertiefung der Kooperation zwischen den statistischen Ämtern

Darüber hinaus lässt sich zusätzliches Einsparpotenzial insbesondere durch vertiefte Kooperation aller statistischen Ämter des Bundes und der Länder erreichen. Als Diskussionsgrundlage hierzu folgende Grundthesen:

Die am weitesten gehenden Rationalisierungserfolge sind durch **Kooperation aller statistischen Ämter** zu erreichen, weil so die größten Arbeits- und Kostenteilungsprozesse sowie entsprechend umfangreiche Synergieeffekte entstehen (jede Teillösung mit zwei oder drei Ländern wäre weniger effizient).

Die **methodische und technische Vorbereitung der Statistiken** obliegt entsprechend der zwischen Bund und Ländern gesetzlich fixierten Arbeitsteilung dem Statistischen Bundesamt und wird hier im „Benehmen“ mit den Ländern wahrgenommen.

Durch den statistischen Verbund (aller Länder und des Bundes) sind die Kosten zur **Programmentwicklung** für alle Beteiligten auf ein Minimum reduziert. Angesichts der Leistungsfähigkeit heute verfügbarer Berichtsgeneratoren kann die Eigenentwicklung von Tabellenprogrammen (Vorratstabellierung) zukünftig auf ein Minimum reduziert werden.

Mit Gründung eines gemeinsamen Forschungsdatenzentrums aller statistischen Ämter lässt sich in Kooperation untereinander und mit der Wissenschaft auch die **Datenbereitstellung und -auswertung** (Analysen/Prognosen) arbeitsteilig vornehmen.

Im Produktionssektor werden künftig verstärkt Client-Server-Lösungen angestrebt, wobei für einzelne Aufgaben jeweils ein einziger Server für alle Bundesländer als denkbarer Lösungsansatz gesehen wird.

Im Bereich der Statistikerhebung, der überwiegend durch variable Kosten bestimmt wird (Kosten proportional zur Fallzahl), sind durch Kooperation oder Arbeitszusammenlegung keine nennenswerten Kostensenkungen zu erreichen.

Kooperationsmöglichkeiten zum Einsatz bestimmter Tools sollten bundesweit genutzt werden.

Zu allgemeinen Funktionen soll die wechselseitige Unterstützung der statistischen Ämter zum Abfangen von Arbeitsspitzen, z. B. in Bereichen der Drucktechnik, der Beleglesung, der Aus- und Fortbildung, verstärkt praktiziert werden.

Die statistische Informationsinfrastruktur dient der Erzeugung und Bereitstellung qualitativ hochwertiger Daten für politische und wirtschaftliche Entscheidungen. Ein ständiger Informationsaustausch zwischen den statistischen Ämtern kann das Spektrum der Statistik-Nutzung im eigenen Land erweitern.

Arbeits- und Kostenteilung einer bundesweiten Kooperation sind auch im Spiegel (u.U. abnehmender) landesinterner Synergieeffekte zu betrachten. Jedes statistische Landesamt ist integraler Bestandteil der jeweiligen Landesregierung und -verwaltung.

Im Rahmen der vertieften Bund/Länder-Kooperation wären durch ein „Benchmarking“ auch die wirtschaft-

7) Landtag Rheinland-Pfalz, Drucksache 13/802.

8) So die Pressemitteilung „Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens in Deutschland“ des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz vom 19. November 2002.

Sonderaufgaben

Übersicht 2

Durchführung der Europawahlen, der Bundestagswahlen, der Landtagswahlen und der Kommunalwahlen

Berechnung der Schlüsselzuweisungen, der allgemeinen Straßenzuweisungen, der Zuweisungen zum Ausgleich von Beförderungskosten, der Finanzausgleichsumlage sowie der Umlage zur Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“

Ermittlung der Gewerbesteuerumlage und des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer sowie des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer

Landeshaushaltsrechnung

Grundvermögensdatei

Berechnung, Bescheidschreibung und Zahlbarmachung des allgemeinen Wohngeldes, des Härteausgleichs sowie der einkommensorientierten Zusatzförderung

Berechnung des pauschalierten Wohngeldes/Härteausgleichs sowie des besonderen Mietzuschusses/Härteausgleichs und Erstattung an die Sozialämter

Berechnung, Bescheidschreibung und Zahlbarmachung der Flächenhilfen mit und ohne Stilllegungsverpflichtung, der Sonderprämie Rindfleisch, der allgemeinen Schlachtpremie, der Mutterkuh-/Mutterschafprämie (einschl. Sonderbeihilfe), des Förderprogramms umweltschonende Landwirtschaft, der Ausgleichszulage in den von der Natur benachteiligten Gebieten, von Beihilfen nach der Weinmarktordnung, des einzelbetrieblichen Förderprogramms sowie der Förderung der Flurbereinigung

Erstellen maschineller Risikoanalysen je Antragsverfahren

Erfassung und Zahlbarmachung manuell berechneter Nachzahlungen und Rückforderungen im Rahmen der vorgenannten Fördermaßnahmen

Durchführung eines länderübergreifenden Flurstücksabgleichs

Pflege der Daten des Automatisierten Liegenschaftsbuches (ALB)

Geoinformationssystem der Landwirtschaftlichen Betriebsdatenbank (GIS-LBD)

Auswertungen Monitoringdaten (jährliche Lageberichte über die Durchführung der Maßnahmen im ländlichen Raum)

Förderung der Produktionsanpassung im Weinbau

Förderung des Übergangs vom Haupt- zum Nebenerwerb für über 50-jährige Landwirte

Erfassung und Nachweisung der bewilligten öffentlichen Finanzierungshilfen (Bereiche Landwirtschaft und Weinbau, Dorferneuerung und Forsten)

Gesundheitsberichterstattung

Ressortstatistik über die Empfänger von Erziehungsgeld

Basisdokumentation Psychiatrie

Schuldatei

Hochschuldatei

lichsten Ablaufprozesse und Methoden im Ländervergleich zu ermitteln. Dies setzt eine einheitlich angelegte Kosten- und Leistungsrechnung voraus. Dabei sind unterschiedliche Aufgabenbündel, Entwicklungsstände und Budgetierungsrahmen so zu berücksichtigen, dass Betriebsvergleiche zwischen den statistischen Ämtern ermöglicht werden.

Dies ist gegenwärtig erschwert, weil

die Arbeitsfelder der einzelnen Ämter sehr unterschiedlich ausgerichtet sind (Statistik, Wahlen, Ressortaufträge). Neben dem Arbeitsfeld Statistik sind vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz die aus Übersicht 2 ersichtlichen Sonderaufgaben wahrzunehmen,

die Statistikprodukte in Quantität und Qualität erheblich voneinander abweichen. Von der Quantität her durch unterschiedliche landesbezogene Ressortstatistiken, durch unterschiedlichen Umfang der Gemeindestatistiken, durch unterschiedliche Informationsangebote. Von der Qualität her durch unterschiedliche Intensität der Analysen und Prognosen,

die Rationalisierungs-, Technisierungs- und Innovationsgrade differieren (Investitionen sind erfolgt oder stehen noch an),

die Nutzungs- und Beratungsintensität der Landesämter voneinander abweicht,

der Arbeitsausführung für Dritte (Ressortaufträge) unterschiedlich ausgeprägt ist,

die Synergieeffekte auf Landesebene unterschiedlich gestaltet und verrechnet werden,

Grundausstattung, Gebäudemieten und Ähnliches von einzelnen statistischen Ämtern zu zahlen sind, von anderen nicht,

die Beteiligung am statistischen Verbund bei den einzelnen Ländern unter- oder überproportional ausfällt,

die Finanzregelungen zur informationellen Grundversorgung voneinander abweichen,

signifikante Bezugsgrößen als Vergleichsgrundlage gefunden werden müssen, z. B. für statistische Erhebungen die Berichtsstellen (Betriebe, Haushalte etc.), für Auswertungen die Aggregationsstufen (z. B. Anzahl der Ebenen, Anzahl der Gemeinden), für Produkte die Veredelungsgrade (vom Rohmaterial bis zu hochwertigen Analysen) etc., etc.

IV. Resümee

Der Weg echter Rationalisierung durch Reorganisation (z. B. Matrix-Organisation), durch effiziente Metho-

Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik in Deutschland

Die Leiter der statistischen Ämter des Bundes und der Länder schlagen auf ihrer Sonder-Amtsleiterkonferenz in Hannover am 20. und 21. Februar 2003 folgende Schritte zur weiteren Reform des statistischen Systems vor:

Standardisierung der Geschäftsprozesse, Verfahren und Methoden

Einsatz moderner Aufbereitungs- und Analysesoftware

Verstärken der ämterübergreifenden Zusammenarbeit und Vertiefung der Arbeitsteilung bei der Statistik-Produktion und -Analyse

Datenerhebung grundsätzlich via Internet (bis 2005)

Einheitliche Gestaltung der Erhebungsbogen

Einheitliches Statistikportal

Verpflichtung der auskunftspflichtigen öffentlichen Stellen zu elektronischer Meldung; Übernahme wirtschaftsstatischer Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen; Entwicklung entsprechender Softwaremodule in Public-Private-Partnership; konsequentes Nutzen von Verwaltungs- und anderen prozessproduzierten Daten für statistische Zwecke

Einführen einheitlicher Wirtschafts- und Steuernummern

Zusammenführen aller Wirtschaftsstatistiken in einer integrierten Unternehmensdatenbank und Mehrfachnutzung der dort vorhandenen Daten

Einzelstatistische Regelungen grundsätzlich befristen (mit begleitender Evaluation)

Einrichtung eines Informationsmanagements in den statistischen Ämtern zur Vermeidung von Doppelerhebungen im öffentlichen und privaten Sektor.

Als einen besonderen Schwerpunkt bei der Reform des statistischen Systems sehen die Amtsleiter den umfassenden Einsatz modernster Informations- und Kommunikationstechniken an und beschließen daher,

die bisher auf die Aufbereitung von Statistiken begrenzte IT-Verfahrensentwicklung zu erweitern und zu erneuern:

Die arbeitsteilige Kooperation im Entwicklungsverbund wird auf die übrigen Teile des Geschäftsprozesses (Erhebung, Auswertung, Verbreitung) ausgeweitet,
Medienbruchfreie Gestaltung des Gesamtprozesses,
Statistikübergreifende Vereinheitlichung von Verfahren und Schnittstellen;

eine Neugestaltung des Entwicklerverbundes unter Einbeziehung

neuer Organisationsformen (insbesondere Konzentration),
neuer Softwareentwicklungswerkzeuge

ist zu prüfen;

Prüfung von Alternativen zur Erneuerung der Produktionsprozesse, insbesondere

Konzentration auf weniger Rechenzentren,
Einsatz zentraler Anwendungs-/Datenserver,
Vereinheitlichung der IT-Infrastruktur (Hardware, Software, Netzwerke);

Forcierung des Einsatzes neuer Medien für die Datenerhebung und Informationsverbreitung (Internetportal, öffentlich zugängliche Datenbanken).

Mit diesen Maßnahmen und Vorschlägen leistet die amtliche Statistik einen wesentlichen Beitrag zur Entbürokratisierung, zur Entlastung von Unternehmen und zum effizienteren Ressourceneinsatz.

Die Amtsleiter bitten die Aufsichtsbehörden, die erforderlichen Rechtsänderungen einzuleiten und die dafür benötigten Ressourcen bereitzustellen.

den und Arbeitsprozesse sowie durch technologische Neuerungen wird weiter verfolgt. Wie in der Vergangenheit, so können auf diesem Weg auch derzeit und zukünftig weitere Einsparungen erreicht werden.

Zusätzliches Einsparpotenzial wird durch vertiefte Kooperation aller statistischen Landesämter eröffnet. Auf einer Sonder-Amtsleiterkonferenz wurden Ende Februar die weiteren Schritte zur Reform des statistischen Systems vereinbart (siehe Übersicht 3). Nach Konkretisierung dieser Maßnahmen werden die Regierungen in Bund und Ländern gebeten die Umsetzung zu regeln.

Neben dem Sparen an der Statistik kommt dem Sparen durch Statistik – als Beitrag zu einem „Volkswirtschaftlichen Controlling“ – entscheidende Bedeutung zu.

Strukturelle Verbesserungen sind dabei Rationalisierungsvoraussetzung und -folge. Um die Rationalisierungsziele zu erreichen und den qualitativen nutzerorientierten Ansprüchen in Analysen und Prognosen gerecht zu werden, muss sich die deutsche Statistik an internationalem Ausbildungsstandard und Niveau orientieren.

Diplom-Volkswirt Klaus Maxeiner

Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist.

Durch Beschluss des Rates der Europäischen Union ist das Jahr 2003 zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen erklärt worden. Damit soll in ganz Europa auf behinderte Menschen und ihre Interessen aufmerksam gemacht werden. Die drei nach vorne gerichteten Pfeile des Logos stehen aus deutscher Sicht¹⁾ für die zentralen Botschaften:

- Teilhabe verwirklichen,
- Gleichstellung durchsetzen,
- Selbstbestimmung ermöglichen.

In Rheinland-Pfalz gibt es mehr als 320 000 Menschen, die einen Schwerbehindertenausweis besitzen; das sind etwa 8% der Bevölkerung. Darüber hinaus gibt es zahlreiche behinderte Menschen, die nicht den Grad der Schwerbehinderung erreichen oder keinen Antrag auf Ausstellung eines Ausweises gestellt haben und somit nicht registriert sind. Bundesweit liegt der Anteil der Bürgerinnen und Bürger mit Schwerbehindertenausweis bei gut 8%.

Im Folgenden sind einige Daten zum Thema „Behinderte“ zusammengestellt. Da es keine statistische Quelle gibt, die den Personenkreis der Behinderten in seiner Gesamtheit und aus allen verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet, können hierfür nur Ergebnisse aus unterschiedlichen Quellen der amtlichen Statistik oder der Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit herangezogen werden. Dabei treten wegen unterschiedlicher Erhebungszeiträume und teilweise abweichender Abgrenzungen der Personenkreise zwar einige Probleme hinsichtlich des Vergleichs der einzelnen Erhebungen untereinander auf, dennoch dürfte mit den vorliegenden Ergebnissen ein wichtiger Blick auf die Thematik ermöglicht werden.

I. Schwerbehinderte – Alter, Geschlecht und Grad der Behinderung

Mehr Schwerbehinderte

Die wichtigste Quelle der amtlichen Statistik über Menschen mit Behinderungen ist die Schwerbehindertenzustatistik, die alle zwei Jahre mit den Daten des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung durchgeführt wird. Die letzten Ergebnisse aus dieser Quelle liegen für den 31. Dezember 2001 vor.

1) Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Schwerbehinderte 1991 und 2001
nach Altersgruppen

Alter in Jahren	1991		2001		Veränderung 2001 zu 1991
	Anzahl	%	Anzahl	%	
unter 6	1 385	0,5	1 782	0,6	28,7
6 - 15	2 997	1,0	4 284	1,3	42,9
15 - 18	1 247	0,4	1 575	0,5	26,3
18 - 25	5 281	1,8	4 486	1,4	-15,1
25 - 35	13 096	4,6	11 667	3,6	-10,9
35 - 45	16 727	5,8	23 107	7,2	38,1
45 - 55	36 739	12,8	36 572	11,4	-0,5
55 - 60	35 568	12,4	30 523	9,5	-14,2
60 - 62	17 913	6,3	20 461	6,4	14,2
62 - 65	28 816	10,1	29 076	9,1	0,9
65 und älter	126 388	44,2	157 133	49,0	24,3
Insgesamt	286 157	100	320 666	100	12,1

Die Zahl der Schwerbehinderten ist in Rheinland-Pfalz seit Anfang der 90er-Jahre um gut 12% gestiegen. Ende 2001 hatten 320 700 Menschen im Land einen Behindertenausweis. In diesen Angaben sind alle Menschen enthalten, die einen Schwerbehindertenausweis beantragt haben und einen Grad der Behinderung von mindestens 50 aufweisen. Die Schwerbehindertenquote, das heißt der Anteil der Schwerbehinderten an der Gesamtbevölkerung, hat sich in dem genannten Zeitraum aber kaum verändert, da die Anzahl der Schwerbehinderten in gleichem Maße wie die Bevölkerung gewachsen ist. Schon 1991 hatte jeder dreizehnte Rheinland-Pfälzer einen Schwerbehindertenausweis.

Anteil der Älteren unter den Schwerbehinderten gestiegen

Der Vergleich der Ergebnisse aus den Jahren 1991 und 2001 offenbart Veränderungen in der Altersstruktur der Schwerbehinderten. Knapp die Hälfte ist derzeit 65 Jahre oder älter; vor zehn Jahren hatte deren Anteil noch bei 44% gelegen. 157 100 Schwerbehinderte waren Ende 2001 in dieser Altersgruppe, das sind über 24% mehr als zehn Jahre zuvor; dagegen ist die Bevölkerungszahl in dieser Altersgruppe während des Zeitraums lediglich um 18,5% angewachsen. Bei den über 75-Jährigen hat die Zahl der Behinderten sogar um gut 50% zugenommen, die Bevölkerung in dieser Altersgruppe ist seit 1991 jedoch lediglich um 18% gewachsen. Hierin dürfte sich in erster Linie die Entwicklung einer vom Krieg geprägten Generation widerspiegeln.

Zum Verfahren der Schwerbehindertenstatistik

Angaben über Schwerbehinderte stellen die Versorgungsämter, Landesversorgungsämter und die im Rahmen der Versorgungsverwaltung errichteten versorgungsärztlichen Untersuchungsstellen zur Verfügung. In Rheinland-Pfalz ist dies das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung. Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 131 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX). Die erforderlichen Daten werden dem Statistischen Landesamt zum jeweiligen Stichtag der Erhebung in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt. Zuvor wird ein Abgleich der Zahlen mit den Dateien der Einwohnermeldeämter vorgenommen, um den Datenbestand um solche Fälle zu bereinigen, in denen Schwerbehinderte verstorben oder nicht mehr in Rheinland-Pfalz gemeldet sind, ohne dass dies dem Landesamt zur Kenntnis gelangt war.

Schwerbehinderte 1991 und 2001 nach dem Grad der Behinderung

Grad der Behinderung	1991		2001		Veränderung 2001 zu 1991
	Anzahl	%	Anzahl	%	
50	79 287	27,7	99 216	30,9	25,1
60	44 520	15,6	50 493	15,7	13,4
70	32 850	11,5	35 049	10,9	6,7
80	40 204	14,0	37 006	11,5	-8,0
90	15 315	5,4	16 012	5,0	4,6
100	73 981	25,9	82 890	25,8	12,0
Insgesamt	286 157	100	320 666	100	12,1

zwischen den Geschlechtern in dieser Altersgruppe weit größer: Danach haben über 29% der Männer, aber weniger als 18% der Frauen in diesem Alter einen Schwerbehindertenausweis.

Deutliche Zuwachsraten hat im Vergleichszeitraum auch die Zahl der schwerbehinderten Kinder und Jugendlichen zu verzeichnen. So ist die Zahl der unter 6-Jährigen mit Schwerbehindertenausweis um 29%, die der 6- bis unter 15-Jährigen um 43% und die der 15- bis unter 18-Jährigen um 26% gestiegen. Insgesamt hat der Anteil der unter 18-jährigen Schwerbehinderten von 2 auf 2,4% zugenommen.

Behinderungsgrad 50 ist am häufigsten

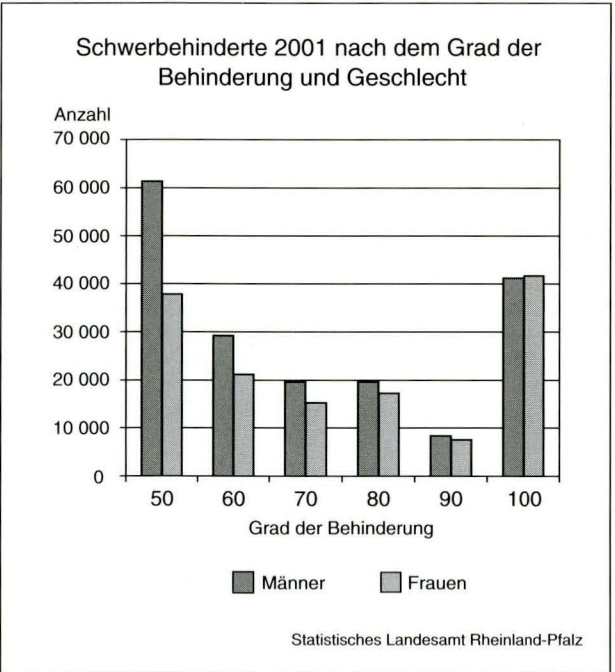
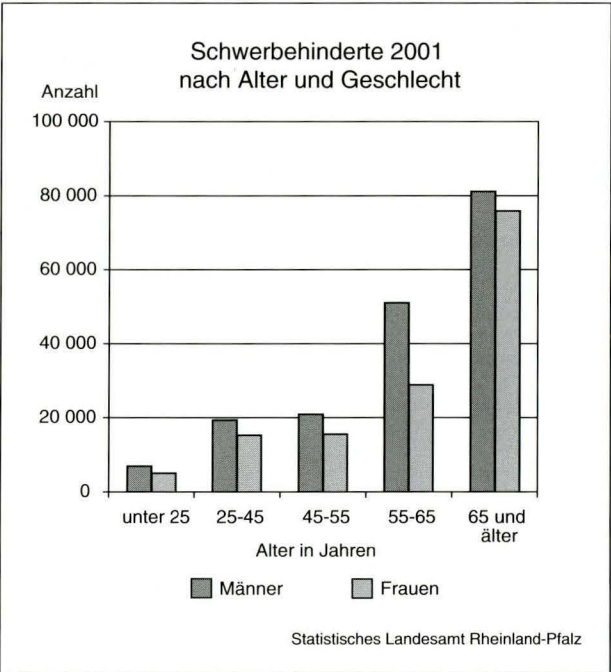
Die Auswirkungen auf die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft werden als Grad der Behinderung nach Zehnergraden (20 bis 100) abgestuft festgestellt.

Knapp ein Drittel der Behinderten wies 2001 den für die Ausstellung eines Behindertenausweises erforderlichen niedrigsten Grad der Behinderung von 50 auf. In dieser Gruppe ist der geschlechtsspezifische Unterschied besonders auffällig. Mit über 61 000 gegenüber knapp 38 000 ist das männliche Geschlecht weit stärker vertreten als die Frauen. Im Zehnjahresvergleich fällt mit einem Zuwachs von fast 20 000 Fällen der Anstieg beim Behinderungsgrad 50 besonders groß aus.

Ein gutes Viertel aller Schwerbehinderten hatte 2001 den höchsten Grad der Behinderung (100); hier waren Männer und Frauen etwa gleich oft vertreten.

Männer häufiger schwerbehindert

Mit 179 700 Personen ist die Zahl der schwerbehinderten Männer größer als die der Frauen (141 000). Besonders ausgeprägt ist der geschlechtsspezifische Unterschied in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen; hier liegt der Anteil der Männer bei 64%. Bei den über 65-Jährigen gibt es nur wenig mehr schwerbehinderte Männer als Frauen; bedenkt man jedoch, dass es in der Bevölkerung deutlich mehr über 65-jährige Frauen als Männer gibt, so wird der Unterschied



Schwerbehinderte 1991 und 2001 nach ausgewählten Behinderungsarten

Behinderungsart	1991	2001	Veränderung
	Anzahl		%
Insgesamt	286 157	320 666	12,1
darunter			
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen	94 626	88 829	-6,1
Beeinträchtigung der Funktion von Herz und Kreislauf	53 069	41 094	-22,6
Beeinträchtigung der Funktion der Verdauungsorgane	12 058	12 525	3,9
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	60 180	79 535	32,2
Blindheit und Sehbehinderung	13 010	15 228	17,0
Hirnorganische Anfälle und Psychosyndrom	14 422	21 324	47,9
Psychosen, Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen	5 095	8 631	69,4
Störungen der geistigen Entwicklung	10 350	12 278	18,6
Verlust einer oder beider Brüste	5 139	7 247	41,0
Verlust oder Teilverlust eines Beines	4 410	3 106	-29,6
Funktionseinschränkung beider Beine	15 836	18 123	14,4

Herz-Kreislauf- und Wirbelsäulenerkrankungen sind häufigste Behinderungsart

Abgesehen von angeborenen Behinderungen werden Behinderungen im Laufe des Lebens durch Krankheiten und Unfälle sowie Kriegs- oder Wehrdienstbeschädigungen verursacht. Am häufigsten sind Behinderungen krankheitsbedingt (71%).

Die Art der Behinderung wird anhand von 55 Kategorien erfasst. Dabei orientiert sich die Einteilung nicht primär an der ursächlichen Krankheitsdiagnose (wie beispielsweise Multiple Sklerose), sondern an der Erscheinungsform der Behinderung und der durch sie bestimmten Funktionseinschränkung (wie z. B. funktionelle Veränderung an den Gliedmaßen).

Häufigster Grund für die Anerkennung einer Schwerbehinderung ist die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen. Im Jahr 2001 hatten knapp 28% der Schwerbehinderten einen Ausweis, der wegen solcher Erkrankungen ausgestellt worden war; zehn Jahre zuvor waren es noch gut 33%. Den größten Anteil hatten hierunter die Behinderten mit Beeinträchtigungen der Funktion von Herz und Kreislauf. Mehr als 41 000 hatten 2001 aufgrund dessen einen Behindertenausweis. Die Tendenz ist allerdings sinkend. Der Rückgang gegenüber 1991 betrug 22,6%.

Deutlich gestiegen ist dagegen in den vergangenen zehn Jahren der Anteil der Schwerbehinderungen wegen Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule; sie sind mit rund einem Viertel die zweithäufigste Art der Behinderung. Rund 80 000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer waren Ende 2001 davon betroffen; das waren fast 20 000 mehr als zehn Jahre zuvor, wobei sich der Anstieg fast ausschließlich bei den über 65-Jährigen vollzogen hat.

Sehr stark zugenommen haben seit 1991 hirnorganische Schäden sowie psychische Erkrankungen als Ur-

sache von Schwerbehinderungen. Rund 21 300 Behinderte hatten Ende 2001 einen Ausweis wegen hirnorganischer Schäden, 48% mehr als zehn Jahre zuvor. Um fast 70% – von 5 100 auf 8 600 – hat die Zahl der Menschen zugenommen, bei denen Psychosen, Neurosen bzw. Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen Grund für die Ausstellung eines Behindertenausweises waren. Betroffen vom Anstieg der psychischen Ursachen waren fast alle Altersgruppen, bei den hirnorganischen Beeinträchtigungen vollzog sich die Zunahme überwiegend bei den über 65-Jährigen.

Mit einem Plus von 41% haben auch Schwerbehinderungen aufgrund des Verlustes einer oder beider Brüste deutlich zugenommen, dies allerdings bei wesentlich kleineren Fallzahlen als bei den zuvor genannten Behinderungsarten. Um nahezu ein Drittel zurückgegangen sind hingegen Behinderungen wegen des Verlustes oder Teilverlustes eines Beines; diese Behinderungsart macht aber weniger als 1% aller Schwerbehinderungen aus.

II. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Eingliederungshilfe für Behinderte umfasst 48% der Sozialhilfeausgaben

Bei den Leistungen der Sozialhilfe werden neben der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt auch Leistungen für Hilfen in besonderen Lebenslagen gewährt. Eine Hilfeart ist hier die Eingliederungshilfe für Behinderte. Anspruch auf diese Hilfe haben Personen, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder seelisch wesentlich behindert oder von einer Behinderung bedroht sind. Die Eingliederungshilfe für diese Menschen hat die Aufgabe, eine drohende Behinderung zu verhüten, eine vorhandene Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die betroffene Person in die Gesellschaft einzugliedern. Die Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises ist dabei nicht zwingend vorgeschrieben.²⁾ Insoweit sind die Daten zur Eingliederungshilfe nicht unmittelbar mit den bislang genannten aus der Schwerbehindertenstatistik vergleichbar.

Empfängerinnen und Empfänger von Eingliederungshilfe für Behinderte 1995 und 2001 nach Hilfearten¹⁾

Art der Eingliederungshilfe	1995	2001	Veränderung
	Anzahl		%
Ärztliche Behandlung; Körperersatzstücke, Hilfsmittel	571	283	-50,4
Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder	1 964	2 013	2,5
Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung	1 170	1 169	-0,1
Hilfe zur Berufsausbildung, Fortbildung, Arbeitsplatzbeschaffung	277	183	-33,9
Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte	6 836	8 318	21,7
Suchtkrankenhilfe	33	2 233	X
Sonstige Eingliederungshilfe	3 735	4 564	22,2
Insgesamt	14 041	18 319	30,5

2) Um Eingliederungshilfe für Behinderte zu erhalten, müssen die Voraussetzungen nach den §§ 39 ff. Bundessozialhilfegesetz (BSHG) erfüllt sein.

1) Bestandszahlen zum Jahresende; Empfänger mehrerer verschiedener Hilfen werden bei jeder Hilfeart gezählt.

Bruttoausgaben der Eingliederungshilfe für Behinderte
1995 und 2001 nach Hilfearten

Art der Eingliederungshilfe	1995	2001	Veränderung
	1 000 EUR		%
Ärztliche Behandlung; Körperersatzstücke, Hilfsmittel	2 164	6 133	183,4
Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder	35 498	42 428	19,5
Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung	30 831	32 365	5,0
Hilfe zur Berufsausbildung, Fortbildung, Arbeitsplatzbeschaffung	5 760	5 165	- 10,3
Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte	158 413	209 744	32,4
Suchtkrankenhilfe	383	8 536	X
Sonstige Eingliederungshilfe	108 391	189 501	74,8
Insgesamt	341 439	493 872	44,6

Durch die Eingliederungshilfe soll vor allem die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft ermöglicht oder erleichtert, die Ausübung eines angemessenen Berufs oder einer sonstigen angemessenen Tätigkeit ermöglicht oder weitgehende Unabhängigkeit von der Pflege erreicht werden. Die letzten Ergebnisse zu dieser Hilfeart liegen für das Jahr 2001 vor. Ein Vergleich im Zehnjahreszeitraum ist hier nicht möglich, da zwischenzeitlich eine grundlegende Reform der Sozialhilfestatistik stattgefunden hat. Als Vergleichsjahr für das Aufzeigen von Veränderungen im Zeitablauf wird daher das Jahr 1995 herangezogen.

Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Eingliederungshilfe für Behinderte ist innerhalb von sechs Jahren um mehr als 30% auf 18 300 Personen gewachsen. Die Ausgaben für diese Hilfeart sind im gleichen Zeitraum um nahezu 45% auf fast 494 Mill. Euro angestiegen und werden damit zu einem immer gewichtigeren Kostenfaktor; im Jahr 2001 lag ihr Anteil an den gesamten Sozialhilfeausgaben bei über 48%.

Den größten Anteil bei den verschiedenen Hilfearten der Eingliederungshilfe für Behinderte hat die Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte. Mehr als 8 300 Personen (Stichtag Jahresende) erhielten im Laufe des Jahres 2001 Zuwendungen in Höhe von 210 Mill. Euro. Gegenüber 1995 sind damit die Ausgaben um 32% und die Zahl der unterstützten Personen um über 22% gestiegen.

Die größten Veränderungen hat es im Vergleichszeitraum bei der Suchtkrankenhilfe gegeben. Erhielten 1995 erst 33 Personen finanzielle Zuwendungen im Rahmen dieser Hilfeart, so waren es sechs Jahre später bereits 2 233. Die Ausgaben sind in diesem Zeitraum von 0,4 Mill. auf 8,5 Mill. Euro gestiegen. Bemerkenswert ist die Entwicklung bei den Hilfeleistungen für ärztliche Behandlung, Körperersatzstücke und Hilfsmittel. Hier haben sich die Ausgaben auf weit mehr als 6 Mill. Euro nahezu verdreifacht, die Empfängerzahlen haben sich dagegen halbiert.

3) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Mehr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur beruflichen
Förderung Schwerbehinderter³⁾

Um die Eingliederung von behinderten Menschen und besonders von Schwerbehinderten in den Arbeitsprozess zu erleichtern oder überhaupt erst zu ermöglichen, werden unterschiedliche Fördermaßnahmen auch außerhalb der Sozialhilfe durchgeführt.

Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen können unabhängig vom Grad der Behinderung für alle Menschen, deren Aussichten auf eine berufliche Eingliederung in den Arbeitsmarkt wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Beeinträchtigungen wesentlich gemindert sind, gefördert werden. Dabei wird zwischen der Förderung der so genannten Ersteingliederung von Jugendlichen oder jungen Erwachsenen und der Wiedereingliederung von Erwachsenen mit Berufsausbildung und/oder Berufserfahrung unterschieden.

Am Jahresende 2002 gab es in Rheinland-Pfalz rund 10 300 behinderte Jugendliche oder junge Erwachsene in Programmen zur beruflichen Ersteingliederung, von denen gut 4 400 an einer berufsfördernden Bildungsmaßnahme teilnahmen.

Die Zahl der erwachsenen Behinderten in Programmen zur beruflichen Wiedereingliederung belief sich Ende 2002 auf rund 8 000. In einer berufsfördernden Maßnahme befanden sich zum gleichen Zeitpunkt nicht ganz 2 300 von ihnen.

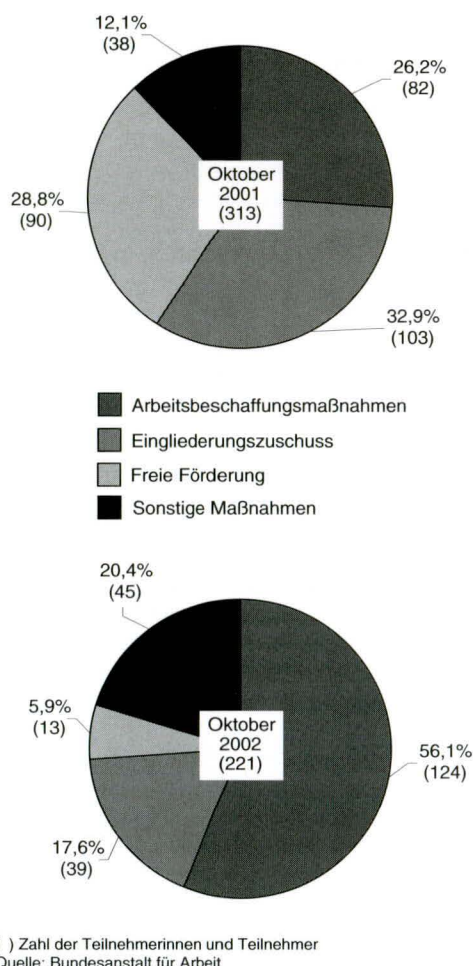
An speziellen Fördermaßnahmen für Schwerbehinderte nahmen im Oktober 2002 rund 220 Menschen teil. Von diesen wurden 56% im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gefördert, die die beruflichen Eingliederungsaussichten verbessern sollen, knapp 18% erhielten einen Eingliederungszuschuss, das heißt die Bundesanstalt für Arbeit gewährte Arbeitgebern Zuschüsse zu den Arbeitsentgelten, um Minderleistungen der Beschäftigten auszugleichen. Ein Jahr davor war von den über 310 schwerbehinderten Teilnehmern an

Förderung der beruflichen Ersteingliederung
bzw. Wiedereingliederung behinderter Menschen
2001 und 2002

Merkmal	Ende Dezember 2001	Ende Dezember 2002
Ersteingliederung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ¹⁾		
Behinderte, die in einem Programm zur beruflichen Eingliederung sind	9 530	10 291
darunter Behinderte in berufsfördernden Bildungsmaßnahmen	4 455	4 416
Wiedereingliederung von Erwachsenen ²⁾		
Behinderte, die in einem Programm zur beruflichen Eingliederung sind	11 621	7 998
darunter Behinderte in berufsfördernden Bildungsmaßnahmen	2 228	2 281

1) In der Regel Schüler/Studierende ohne Berufsausbildung und/oder Berufserfahrung. – 2) In der Regel Personen mit Berufsausbildung und/oder Berufserfahrung. – Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Schwerbehinderte Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Fördermaßnahmen zur beruflichen Eingliederung im Oktober 2001 und 2002



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fördermaßnahmen erst gut ein Viertel in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, während fast ein Drittel Eingliederungszuschüsse erhielt.

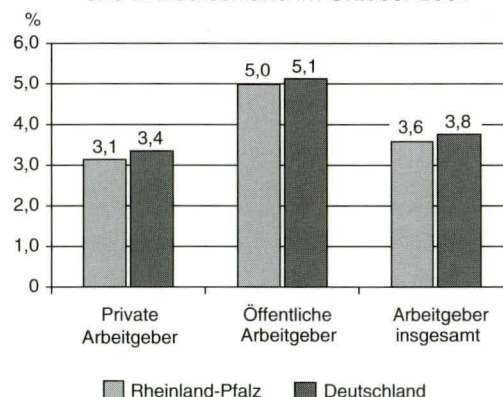
III. Erwerbstätigkeit von Schwerbehinderten

Quote für Beschäftigung nach dem Schwerbehinderterrecht nicht erfüllt⁴⁾

Von den fast 321 000 Schwerbehinderten, die 2001 in Rheinland-Pfalz lebten, waren knapp 49% zwischen 18 und 65 Jahre alt und damit im erwerbsfähigen Alter. Berücksichtigt man die bei diesem Personenkreis übliche Altersgrenze von 60 Jahren für den Eintritt in den Ruhestand, dann verbleiben 106 000 Schwerbehinderte (ein Drittel), die aufgrund ihres Alters für eine Erwerbstätigkeit überhaupt in Frage kommen. Für einen großen Teil dieser Menschen dürfte allerdings wegen der Art und Schwere der Behinderung eine tatsächliche Arbeitsaufnahme nicht möglich sein.

4) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Erfüllungsquoten für die Beschäftigungspflicht¹⁾ von Schwerbehinderten bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Oktober 2001



1) Vorgeschriebene Quote bei Betrieben ab 20 Arbeitsplätzen: 5%.
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Erhebungen über die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung unter Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen finden in der amtlichen Statistik in umfassender Form nicht statt. Damit ist eine Gesamtübersicht zur Teilnahme behinderter Menschen am Erwerbsleben nicht möglich. Es muss deshalb versucht werden, sich durch Darstellung einzelner Schwerpunkte dem Thema zu nähern.

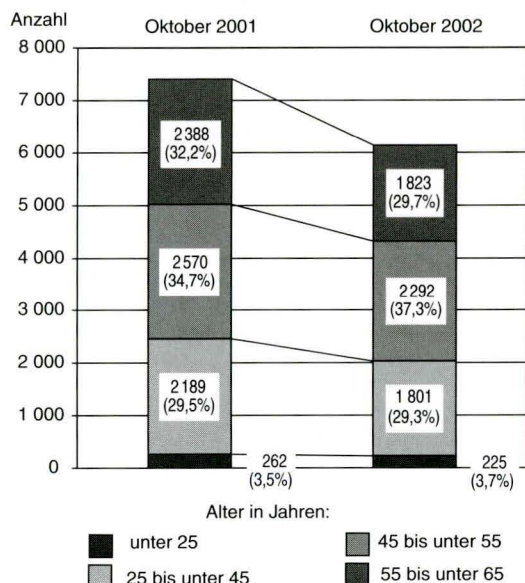
Nach dem Schwerbehindertenrecht sind Betriebe mit mindestens 20 Arbeitsplätzen verpflichtet, eine bestimmte Quote von Schwerbehinderten, nämlich derzeit

Erfüllung der Beschäftigungspflicht für Schwerbehinderte bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Oktober 2001

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz	Deutschland
Private Arbeitgeber			
Für die Berechnung der Beschäftigungspflicht maßgebliche Arbeitsplätze	Anzahl	631 366	15 708 108
Besetzte Pflichtarbeitsplätze	Anzahl	19 850	527 103
Erfüllungsquote	%	3,1	3,4
Öffentliche Arbeitgeber			
Für die Berechnung der Beschäftigungspflicht maßgebliche Arbeitsplätze	Anzahl	195 229	4 705 895
Besetzte Pflichtarbeitsplätze	Anzahl	9 743	241 285
Erfüllungsquote	%	5,0	5,1
Insgesamt			
Für die Berechnung der Beschäftigungspflicht maßgebliche Arbeitsplätze	Anzahl	826 595	20 414 003
Besetzte Pflichtarbeitsplätze	Anzahl	29 593	768 388
Erfüllungsquote	%	3,6	3,8

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Arbeitslose Schwerbehinderte im Oktober 2001 und 2002 nach Altersgruppen



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

5%, zu beschäftigen. Wird diese Quote nicht erfüllt, ist eine Ausgleichsabgabe zu zahlen. Vor 2001 lag die Quote bei 6%.

Nach den Ergebnissen einer Auswertung für das Jahr 2001 waren, bezogen auf alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber, rund 29 600 Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten besetzt. Mit einem Anteil von 3,6% an den für die Berechnung maßgeblichen Arbeitsplätzen war damit die geforderte 5%-Quote nicht erfüllt. Bei privaten Arbeitgebern wurde dabei mit weniger als 19 900 schwerbehinderten Arbeitnehmern die Beschäftigungspflicht nur zu 3,1% erfüllt, während öffentliche Arbeitgeber mit gut 9 700 Arbeitsplätzen, auf denen Schwerbehinderte beschäftigt waren, gerade die vorgeschriebene 5%-Quote erreichten. Die rheinland-pfälzischen Quoten lagen jeweils etwas unter dem Bundesdurchschnitt.

Bei dieser Betrachtung muss klar sein, dass der vorliegende Teilnachweis von Arbeitsplätzen mit schwerbehinderten Beschäftigten nicht das ganze Ausmaß der Integration dieser Personengruppe in den allgemeinen Arbeitsprozess wiedergibt, da auch in den zahlreichen Betrieben, die weniger als 20 Arbeitsplätze haben und deshalb nicht der gesetzlichen Beschäftigungspflicht unterliegen, Menschen mit schweren Behinderungen beschäftigt sein werden.

Weniger Schwerbehinderte von Arbeitslosigkeit betroffen⁵⁾

Während im Oktober 2001 in Rheinland-Pfalz noch rund 7 400 schwerbehinderte Menschen arbeitslos waren, lag ihre Zahl ein Jahr später mit gut 6 100 deutlich

5) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Arbeitslose Schwerbehinderte im Oktober 2001 und 2002 nach der Berufsausbildung

Berufsausbildung	Oktober 2001		Oktober 2002	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	3 125	42,2	2 465	40,1
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	4 284	57,8	3 676	59,9
davon mit betrieblicher Ausbildung	3 939	91,9	3 344	91,0
Berufsfachschule	100	2,3	86	2,3
Fachschule	143	3,3	111	3,0
Fachhochschule	36	0,8	45	1,2
Universität/Hochschule	66	1,5	90	2,4
Insgesamt	7 409	100	6 141	100

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

niedriger. Von ihnen waren über 37% zwischen 45 und 55 Jahre alt. Jeweils etwas unter 30% lag der Anteil der 25- bis unter 45-Jährigen und der 55- bis unter 65-Jährigen, während nur 3,7% der arbeitslosen Schwerbehinderten jünger als 25 Jahre waren.

Von den Arbeitslosen mit einer schweren Behinderung hatten knapp 2 500 oder rund 40% keine abgeschlossene Berufsausbildung. Von den fast 3 700 arbeitslosen Schwerbehinderten, die eine Berufsausbildung abgeschlossen hatten, verfügten mehr als 90% über eine betriebliche Ausbildung. Eine Berufsfach- oder Fachschule hatten 5,3% erfolgreich abgeschlossen, 3,6% besaßen den Abschluss einer Fachhochschule oder Hochschule.

Von den im Oktober 2002 arbeitslos gemeldeten Schwerbehinderten waren knapp 3 390 oder 55% zu diesem Zeitpunkt weniger als ein Jahr ohne Beschäftigung, 45% zählten zu den Langzeitarbeitslosen, das heißt sie waren länger als ein Jahr ohne Arbeit. Von diesen fast 2 760 Schwerbehinderten, die seit über einem Jahr als Arbeitslose registriert waren, hatte weit mehr als die Hälfte, nämlich über 54%, seit über zwei Jahren keine Beschäftigung. Ein Jahr zuvor lag der Anteil der Schwerbehinderten mit einer Arbeitslosigkeit von über zwei Jahren mit fast 61% sogar noch höher, während sich der Prozentsatz aller schwerbehinderten Langzeitarbeitslosen im Oktober 2001 auf dem Niveau von 2002 bewegte.

Arbeitslose Schwerbehinderte nach der bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit sowie nicht arbeitslose, Arbeit suchende Schwerbehinderte im Oktober 2001 und 2002

Dauer der Arbeitslosigkeit	Oktober 2001		Oktober 2002	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Arbeitslose insgesamt	7 409	100	6 141	100
davon ... arbeitslos				
unter 1 Jahr	4 070	54,9	3 386	55,1
1 Jahr und länger ¹⁾	3 339	45,1	2 755	44,9
darunter 2 Jahre und länger	2 021	60,5	1 496	54,3
Nicht arbeitslose Arbeitssuchende	1 720	x	2 263	x

1) Langzeitarbeitslose. – Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Neben den arbeitslos gemeldeten Arbeitnehmern mit schweren Behinderungen gab es im Oktober 2002 zusätzlich über 2 260 Schwerbehinderte, die als Nichtarbeitslose eine Beschäftigung suchten, dies waren gut 540 mehr als zum gleichen Zeitpunkt 2001.

IV. Schulische Bildung Behinderter

Rund 4% aller Schülerinnen und Schüler werden sonderpädagogisch gefördert

Die Ausführungen zur Schulausbildung umfassen Kinder, denen in einem sonderpädagogischen Gutachten ein sonderpädagogischer Förderbedarf attestiert wurde, und zwar unabhängig davon, ob gleichzeitig eine Schwerbehinderung im Sinne des Schwerbehindertenrechts vorliegt oder nicht.

Die schulische Ausbildung behinderter Menschen vollzieht sich grundsätzlich – aber nur soweit möglich – in dem institutionell-organisatorischen Rahmen, der auch für nicht behinderte Menschen gesteckt ist. Wenn die individuellen Beeinträchtigungen dies erfordern, greifen allerdings besondere Regelungen. So gibt es beispielsweise im Bereich der allgemein bildenden Schulen eine eigene Schulart, die darauf zielt, körperlich, geistig bzw. seelisch beeinträchtigten Kindern, die in einer allgemeinen Schule nicht hinreichend gefördert werden können, eine bedarfsgerechte Schulausbildung zu ermöglichen: die Sonderschule.

Im Herbst 2001 wurden an den landesweit 144 Sonderschulen insgesamt 16 951 Schülerinnen und Schüler ausgebildet, bei denen zuvor ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt worden war. Weitere 1 605 Jungen und Mädchen wurden im Rahmen integrierter Maßnahmen außerhalb des Sonderschulbereiches an allgemeinen Schulen unterrichtet und erfuhren dort eine ihrer Behinderung gemäße sonderpädagogische Zusatzförderung. Des Weiteren besuchten 133 Kinder einen der elf Sonderschulkindergärten im Lande. Diese vorschulischen Einrichtungen werden ausnahmslos an ausgewählten Sonderschulen betrieben. In ihnen werden behinderte Kinder betreut, die mangels Schulreife zunächst vom Schulbesuch zurückgestellt wurden. Diese werden in den Sonderschulkindergärten durch eine gezielte Frühförderung auf den Besuch einer Sonderschule vorbereitet. Die Sonderschuleinrichtungen in Rheinland-Pfalz umfassen verschiedene Förderschwerpunkte (siehe Kasten).

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler allein an Sonderschulen ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen. Den 16 951 Kindern und Jugendlichen, die im vergangenen Herbst dort ausgebildet wurden, stehen rund 12 300 zu Anfang der 90er-Jahre gegenüber. Im gleichen Zeitraum, in dem die Zahl der Sonderschülerinnen und -schüler damit um gut 37% zunahm, stieg allerdings auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Primarstufe und im Sekundarbereich I an allgemein bildenden Schulen um gut 21%. Dies relativiert den hohen Zuwachs im Sonderschulbereich und verdeutlicht, dass dieser entscheidend demographisch bedingt ist.

Gleichwohl liegt die „Sonderschulbesuchsquote“, in der die Schülerinnen und Schüler aus Sonderschulen

Sonderschulen im Schuljahr 2001/2002 nach Schulformen

Schulform	Schulen	Klassen	Schülerinnen und Schüler		
			insgesamt	männlich	je Klasse
Förderschwerpunkt Lernen	81	901	10 815	6 639	12,0
Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung	35	320	2 419	1 426	7,6
Förderschwerpunkt motorische Entwicklung	7	179	1 313	779	7,3
Förderschwerpunkt sozioemotionale Entwicklung	6	91	699	655	7,7
Blinde und Sehbehinderte	1	28	177	103	6,3
Gehörlose und Schwerhörige	3	89	632	372	7,1
Förderschwerpunkt Sprache	8	43	504	373	11,7
Förderzentren	3	43	392	260	9,1
Insgesamt	144	1 694	16 951	10 607	10,0

1) Ohne integrierte Fördermaßnahmen an allgemeinen Schulen.

unmittelbar auf die Gesamtschülerzahlen der Klassenstufen 1 bis 10 bezogen werden und die damit auf den sonderpädagogischen Förderbedarf schließen lässt, bei inzwischen rund 3,7%. Sie ist in den vergangenen zehn Jahren um gut 0,4 Prozentpunkte gestiegen. In dieser Sonderschulbesuchsquote bleiben allerdings diejenigen behinderten Kinder und Jugendlichen unberücksichtigt, die im Rahmen integrierter Maßnahmen an den allgemeinen Schulen besonders gefördert werden.

Letztere werden bei der Berechnung der so genannten „Förderquote“ zusätzlich zu den Sonderschülerinnen und -schülern berücksichtigt. Die Förderquote im Schuljahr 2001/2002 lag bei rund 4%.

Durchschnittlich zehn Schülerinnen und Schüler je Klasse

Die schulische Betreuung der behinderten Schülerinnen und Schüler wurde im vergangenen Schuljahr von 2 434 hauptberuflichen Lehrkräften sowie 1 409 hauptberuflichen pädagogischen Fachkräften gewährleistet. Pädagogische Fachkräfte werden vorzugsweise im Sonderschulbereich zur Unterstützung der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit der Lehrkräfte eingesetzt.

Für das Jahr 2001 wurden Betreuungsrelationen von 8,9 Schülerinnen und Schülern je Vollzeitlehrkraft an den Sonderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen und von 5,3 an den übrigen Sonderschulen erreicht. Zum Vergleich: An den anderen allgemein bildenden Schulen lagen die Betreuungsrelationen im Primarbereich bei knapp 20 und im Sekundarbereich I bei 18 Schülerinnen und Schülern je Vollzeitlehrkraft. Dies verdeutlicht den ungleich höheren Betreuungsaufwand, der an Sonderschulen besteht.

Förderschwerpunkte in Sonderschulen und integrative Maßnahmen an allgemein bildenden Schulen in Rheinland-Pfalz – Schuljahr 2001/2002

81 Schulen hatten den Förderschwerpunkt Lernen. Ziel der hier auf neun bzw. zehn Ausbildungsjahre angelegten Bildungsgänge in Halb- bzw. Ganztagsform ist es, insbesondere lernschwache Schülerinnen und Schüler bis zum Abschluss der Schule für Lernbehinderte bzw. bis zum Hauptschulabschluss zu führen. Diese Einrichtungen wurden von insgesamt 6 639 Jungen und 4 176 Mädchen besucht.

Weitere 793 lernbehinderte Kinder wurden in integrierte Fördermaßnahmen an allgemeinen Schulen – unter ihnen 499 an Grundschulen – einbezogen.

Die 35 Ganztagsschulen mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung sehen einen vierstufigen, in der Regel zwölf Jahre umfassenden Ausbildungsgang insbesondere für geistig behinderte Schülerinnen und Schüler vor. Ziel dieser Ausbildung ist es, die jungen Menschen auf eine möglichst selbstständige Lebensführung und ggf. auch auf eine berufliche Tätigkeit im Rahmen der jeweiligen individuellen Möglichkeiten vorzubereiten. An diesen Schulen wurden 1 426 Jungen und 993 Mädchen gefördert.

Weitere 64 Kinder mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung wurden integrativ an allgemeinen Schulen ausgebildet.

Sieben Ganztagsschulen wurden mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung betrieben. Dort werden verschiedene Bildungsgänge angeboten, die vom Schwerpunkt Lernen über den Schwerpunkt ganzheitliche Entwicklung bis zum Bildungsgang der Grund- und Hauptschule reichen. Diese Schulform wurde im vergangenen Schuljahr von 779 Jungen und 534 Mädchen besucht.

Weitere 44 körperbehinderte Schülerinnen und Schüler absolvierten – integrativ gefördert – das Schuljahr an einer allgemeinen Schule.

Den sechs Ganztagsschulen mit dem Förderschwerpunkt sozial-emotionale Entwicklung sind üblicherweise auch Heime angegliedert. Ihre auf neun Jahre angelegte Ausbildung zielt darauf, Schülerinnen und Schülern mit entsprechenden Beeinträchtigungen und damit verbundenen Auswirkungen auf das Lern- und Leistungsverhalten neben der individuellen Förderung einen Abschluss der Schule für Lernbehinderte bzw. einen Hauptschulabschluss zu ermöglichen. An diesen Schulen wurden 655 Jungen und 44 Mädchen zum Teil „rund um die Uhr“ betreut.

Weitere 56 Schülerinnen und Schüler mit entsprechendem Förderbedarf wurden in integrierte Fördermaßnahmen an Grund- und Hauptschulen einbezogen.

In Neuwied befindet sich die landesweit einzige Schule für Blinde und Sehbehinderte. An dieser Ganztagschule mit angegliedertem Internat werden Bildungsgänge der Grund- und Hauptschule, der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen und der Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung angeboten. 75 blinde und 102 sehbehinderte Schülerinnen und Schüler besuchten diese Schule.

Weitere 124 Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Sehen wurden integrativ an allgemeinen Schulen unterrichtet.

Für Gehörlose und Schwerhörige gibt es insgesamt drei Schulen. Das Spektrum der hier angebotenen Bildungsgänge entspricht dem der Schule für Blinde und Sehbehinderte. An der Schule für Schwerhörige in Trier wurde zudem ein Bildungsgang der Realschule eingerichtet, der den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit eines qualifizierten Sekundarabschlusses I eröffnet. 160 Gehörlose und 472 Schwerhörige wurden an den drei Schulen ausgebildet.

Weitere 448 Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Hören wurden in integrierten Fördermaßnahmen ausgebildet.

An landesweit acht Schulen mit dem Förderschwerpunkt Sprache werden Schülerinnen und Schüler mit schwer wiegenden Sprachbeeinträchtigungen gefördert. Aufgenommen werden Kinder, die durch schulbegleitende oder integrierte Fördermaßnahmen nicht hinreichend therapiert werden können. Der Unterricht erfolgt nach den Lehrplänen der Grundschule und zielt darauf, möglichst schnell einen Übergang in allgemeine Schulen zu ermöglichen. Von daher sind die Schulen mit dem Förderschwerpunkt Sprache als Durchgangsschulen zu verstehen, die im Schuljahr 2001/2002 insgesamt 504 Schülerinnen und Schüler durchliefen.

An insgesamt drei Förderzentren, die im Rahmen eines Schulversuches in Daun, Gerolstein und Worms eingerichtet sind und letztlich Schulen der Förderschwerpunkte Lernen, Sprache und ganzheitliche Entwicklung vereinen, wurden im vergangenen Schuljahr 392 Schülerinnen und Schüler ausgebildet.

Dort wurden Ende 2001 im Schnitt zehn Schülerinnen und Schüler je Klasse betreut, wohingegen zum gleichen Zeitpunkt die Klassen im Primarbereich durchschnittlich mit mehr als 22 und im Sekundarbereich I mit mehr als 25 Schülerinnen und Schülern je Klasse besetzt waren.

Im Jahr 2001 verließen 2 111 Absolventen das Sonderschulsystem, unter ihnen erlangten 1 797 ein Abschlusszeugnis. Von diesen wiederum erreichten 67,6% den Abschluss der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen und 13,3% den Abschluss der Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung. Die Übrigen erlangten an Sonderschulen unmittelbar be-

rufsqualifizierende Abschlüsse, und zwar 18,7% einen Hauptschulabschluss und 0,4% einen qualifizierten Sekundarabschluss – die mittlere Reife.

V. Berufliche Bildung Behinderter

Amtliche Statistik erfasst nur Ausbildung in „Behinderten-Ausbildungsberufen“

Sowohl das Berufsbildungsgesetz (BBiG) als auch die Handwerksordnung (HwO) sehen für die Ausbildung körperlich, geistig und/oder seelisch beeinträchtigter Menschen, die nicht auf Grundlage einer allge-

Ausbildungsberuf	Auszubildende am 31. 12.		Im Kalenderjahr	
	insgesamt	männlich	neu abgeschlossene	gelöste
Fachwerker/-in im Gartenbau Werkzeugmaschinenpanner/-in	125	107	48	16
- Drehen	33	32	14	5
- Fräsen	2	2	-	-
Metallbearbeiter/-in - Schlosser	99	99	36	7
Elektriker/-in - Energietechnik	15	15	5	3
Metallbearbeiter/-in	79	79	29	6
Metallfeinbearbeiter/-in	18	17	8	2
Beikoch/Beiköchin	24	23	7	1
Holzbearbeiter/-in	74	73	34	10
Bau- und Metallmaler/-in	45	36	18	6
Güteprüfer/-in	1	1	-	-
Recycling-Fachwerker/-in	26	25	11	1
Bürokräft	25	19	11	2
Hauswirtschaftshelfer/-in	430	17	142	49
Insgesamt	996	545	363	108

mein verbindlichen Ausbildungsordnung ausgebildet werden können, besondere Regelungen vor. Die für die Berufsausbildung zuständigen Einrichtungen, vor allem die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern sowie die zuständigen Stellen in der Land- und Hauswirtschaft, haben im Rahmen der ihnen eingeräumten Regelungsmöglichkeiten Vorschriften für die Ausbildung Behinderter erlassen.

Danach können Behinderte, soweit es Art und Schwere ihrer individuellen Beeinträchtigungen erfordern, zum einen in anerkannten Ausbildungsberufen abweichend von der Ausbildungsordnung, zum anderen aber auch in besonderen Berufen – den Behinderten-Ausbildungsberufen – ausgebildet werden, für die im Bereich der dualen Berufsausbildung etliche Ausbildungsordnungen auf die spezifischen Belange behinderter Menschen zugeschnitten wurden. Die Ausbildung in diesen speziellen Behindertenberufen wird statistisch erfasst. Wie viele schwerbehinderte Menschen eine Ausbildung in einem anderen anerkannten Ausbildungsberuf absolvieren, geht aus den Datenquellen der amtlichen Statistik nicht hervor. So werden in der Berufsbildungsstatistik selbst behinderte Auszubildende, die nach besonderen Grundsätzen für eine behindertengerechte Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgebildet werden, nicht gesondert erfasst.

2001 bestanden Ausbildungsverhältnisse in 14 verschiedenen „Behindertenberufen“

Ende 2001 bestanden in Rheinland-Pfalz insgesamt 996 Ausbildungsverhältnisse in 14 verschiedenen Behinderten-Ausbildungsberufen. 430 Jugendliche und junge Erwachsene ließen sich zum Hauswirtschaftshelfer bzw. zur Hauswirtschaftshelferin ausbilden, 125 erlernten den Beruf des Fachwerkers bzw. der Fachwerkerin im Gartenbau. Vergleichsweise stark besetzt waren auch Berufe der Metallbearbeitung mit zusammen 196 Ausbildungsverhältnissen sowie der Holzbearbeitung mit 74 Auszubildenden. Während die zum Hauswirtschaftshelfer bzw. zur Hauswirtschaftshelferin qualifizierende Berufsausbildung vorwiegend von weiblichen Auszubildenden gewählt wurde, dominierten in allen anderen Behinderten-Ausbildungsberufen männliche Jugendliche und junge Erwachsene.

Im Jahr 2001 wurden insgesamt 363 Berufsausbildungsverhältnisse in zwölf Behinderten-Berufen neu abgeschlossen. 100 dieser „Neu-Azubis“ hatten einen Hauptschulabschluss, zwei die mittlere Reife und einer die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife vorzuweisen. 16 hatten zuvor ein Berufsgrundbildungsjahr, sieben ein Berufsfachschuljahr und 91 ein Berufsvorbereitungsjahr absolviert. Die Übrigen hatten andere bzw. keine Schulabschlüsse vorzuweisen.

Wie in den anderen Ausbildungsberufen kam es auch hier zu vorzeitigen Lösungen von Ausbildungsverhältnissen. Im Jahr 2001 wurden insgesamt 108 Lehrverhältnisse vorzeitig beendet, und zwar 60 im ersten, 35 im zweiten und 13 im dritten Ausbildungsjahr. Allein in der Probezeit wurden 19 Ausbildungsverhältnisse aufgekündigt. Bezieht man die Zahl der vorzeitigen Lösungen unmittelbar auf die zum 31. Dezember 2001 bestehende Zahl an Ausbildungsverhältnissen, so ergeben sich für alle stärker besetzten Berufe, also für Hauswirtschaftshelfer/-innen, Fachwerker/-innen im Gartenbau, Metallbearbeiter/-innen und auch Holzbearbeiter/-innen, Auflösungsquoten zwischen 8 und 14%. Für die Behindertenberufe insgesamt liegt die Auflösungsquote bei rund 11% und damit leicht über derjenigen, die sich für die Gesamtheit aller Berufsausbildungsverhältnisse mit 9% ergibt.

Im Laufe des Jahres 2001 wurden vor den für die jeweiligen Berufe zuständigen Prüfungsausschüssen insgesamt 306 Abschlussprüfungen abgelegt. Für 262 behinderte Menschen, die diese Prüfung erfolgreich meisterten, begann damit ein neuer Lebensabschnitt.

Diplom-Ökonom Günter Ickler
Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar
Diplom-Volkswirt Gerd Reh

Einfamilienhäuser im Aufwärtstrend

Die rheinland-pfälzischen Baubehörden haben im vergangenen Jahr insgesamt 9 628 neue Wohngebäude genehmigt, 6% mehr als in 2001. Ursache für den insgesamt positiven Trend war ausschließlich die anhaltend hohe Nachfrage nach Einfamilienhäusern. In dieser Gebäudekategorie stiegen die Baugenehmigungen von 7 082 im Jahr 2001 auf 7 673 (+8,3%). Die Anzahl der genehmigten Zweifamilienhäuser blieb mit 1 537 gegenüber 2001 (1 531) konstant. Für den Anstieg der Zahl der Baugenehmigungen dürfte aber auch ein gewisser Vorzieheffekt verantwortlich sein. Gegen Jahresende war die Zahl der Anträge nach oben geschnellt, weil Bauherren sich wohl die Eigenheimzulage nach altem Recht sichern wollten.

Entgegen dieser Entwicklung sind noch nie so wenige Baugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern erteilt worden wie im vergangenen Jahr. Nur 417 Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 2 251 Wohnungen wurden zum Bau freigegeben.

Die kalkulierten Baukosten für genehmigte neue Wohngebäude lagen 2002 mit insgesamt 2,16 Mrd. Euro um 2% über den 2001 geplanten Investitionen. Mit rund 1,46 Mrd. Euro fließen fast 69% der Mittel in den Bau neuer Einfamilienhäuser. Für Zweifamilienhäuser hatten die Bauherren im vergangenen Jahr rund 416 Mill. Euro und für neu zu errichtende Mehrfamilienhäuser rund 241 Mill. Euro veranschlagt.

Die meisten neuen Wohngebäude sollen im Westerwaldkreis entstehen. Hier gab es 821 Bauanträge für Wohnhäuser, in denen sich 1 050 Wohnungen befinden werden. Knapp dahinter rangierte der Landkreis Mayen-Koblenz. Hier wollen die Bauherren 779 Wohnneubauten mit zusammen 1 010 Wohneinheiten errichten. Eine derart hohe Anzahl an Baufreigaben war sonst in keinem Landkreis zu verzeichnen. Mit großem Abstand folgen der Landkreis Kaiserslautern (547 Gebäude mit 710 Wohnungen) sowie der Kreis Mainz-Bingen (512 Gebäude mit 688 Wohnungen). In den kreisfreien Städten war 2002 eine relativ schwache Wohnbaunachfrage zu verzeichnen. Bei den zu errichtenden Wohngebäuden lag die Stadt Ludwigshafen mit 187 Gebäuden an der Spitze, bei den Wohnungen war es die Stadt Mainz mit 403 genehmigten Wohneinheiten. Von den insgesamt 9 628 neuen Wohnhäusern sollten im abgelaufenen Berichtsjahr 2002 nur 983 in den kreisfreien Städten errichtet werden. Damit verschob sich der Schwerpunkt der Wohnungsbautätigkeit – auch wegen der weit niedrigeren Grundstückspreise und des größeren Wohnbauflächenangebots – noch stärker als bisher in den ländlichen Raum (8 645 Wohngebäude mit 11 226 Wohnungen).

Baugenehmigungen im Nichtwohnbau rückläufig

Die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen im Nichtwohnbau war im Jahr 2002 gegenüber 2001 rückläufig. Mit 1 668 neuen Nichtwohngebäuden sollten fast 14% weniger Gebäude errichtet werden als im Vorjahr. Das genehmigte Bauvolumen verringerte sich von rund

Baugenehmigungen im Wohnbau ¹⁾ 2002
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Gebäude	Wohnungen	Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Darunter mit 1 und 2 Wohnungen	
				Gebäude	Veranschlagte Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR	
Kreisfreie Stadt Koblenz	101	219	30 543	84	16 553
Landkreise					
Ahrweiler	316	455	71 345	291	58 774
Altenkirchen (Ww.)	385	479	78 416	375	74 444
Bad Kreuznach	184	287	43 700	171	34 889
Birkenfeld	245	297	49 833	241	48 684
Cochem-Zell	264	334	55 788	251	50 960
Mayen-Koblenz	779	1 010	165 646	749	152 769
Neuwied	384	492	80 089	372	75 602
Rhein-Hunsrück-Kreis	325	408	68 600	316	64 699
Rhein-Lahn-Kreis	299	377	61 654	290	56 852
Westerwaldkreis	821	1 050	169 456	787	156 763
Kreisfreie Stadt Trier	66	126	19 590	57	11 089
Landkreise					
Bernkastel-Wittlich	303	370	62 549	295	59 336
Bitburg-Prüm	356	432	78 621	352	76 684
Daun	245	293	49 935	239	47 690
Trier-Saarburg	428	517	87 071	416	83 433
Kreisfreie Städte					
Frankenthal (Pfalz)	34	40	7 015	33	6 725
Kaiserslautern	144	219	32 008	137	25 725
Landau i. d. Pfalz	59	107	17 252	56	13 922
Ludwigshafen a. Rhein	187	243	36 977	172	31 335
Mainz	107	403	46 199	78	16 777
Neustadt a. d. Weinstr.	60	137	22 966	52	10 953
Pirmasens	46	51	8 137	46	8 137
Speyer	34	53	8 027	31	5 768
Worms	109	135	19 760	104	16 948
Zweibrücken	36	43	6 953	36	6 953
Landkreise					
Alzey-Worms	312	399	63 201	302	58 226
Bad Dürkheim	230	326	58 348	219	50 223
Donnersbergkreis	222	259	44 316	217	42 788
Germersheim	246	383	64 938	230	53 337
Kaiserslautern	547	710	121 850	526	112 996
Kusel	243	311	56 177	237	52 857
Südliche Weinstraße	272	368	66 030	258	58 138
Ludwigshafen	422	610	92 194	398	75 803
Mainz-Bingen	512	688	107 294	494	96 603
Südwestpfalz	305	371	63 425	298	60 368
Rheinland-Pfalz	9 628	13 002	2 115 903	9 210	1 873 803
kreisfreie Städte	983	1 776	255 427	886	170 885
Landkreise	8 645	11 226	1 860 476	8 324	1 702 918

1) Errichtung neuer Gebäude

Geplantes Investitionsvolumen für neue Nichtwohngebäude
2001 und 2002

Bauherren	2001	2002	Veränderung
	Mill. EUR		%
Unternehmen	852	839	-1,5
Öffentliche Bauherren	158	72	-54,4
Sonstige Bauherren	95	72	-24,2
Insgesamt	1 105	983	-11,0

Genehmigungen neuer Nichtwohngebäude
2001 und 2002

Gebäudeart	2001	2002	Veränderung
	Anzahl		%
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	1 124	969	-13,8
Landwirtschaftsgebäude	431	403	-6,5
Büro- und Verwaltungsgebäude	204	143	-29,9
Sonstige Nichtwohngebäude	162	119	-26,5
Anstaltsgebäude	14	34	142,9
Insgesamt	1 935	1 668	-13,8

12,6 Mill. m³ im Jahr 2001 auf gut 9,3 Mill. m³ (-26%) im Jahr 2002. Bei der Nutzfläche sahen die Planungen der Bauherren 1,42 Mill. m² vor, das waren 20% weniger als im Jahr 2001.

Die veranschlagten Neubauinvestitionen im Nichtwohnbau beliefen sich 2002 auf rund 983 Mill. Euro (-11%). Dabei fällt auf, dass die Gruppe der Unternehmen mit geplanten Gebäudeinvestitionen von 839 Mill. Euro ihre Kalkulationen gegenüber 2001 nur geringfügig um 1,5% zurückgenommen hat. Dagegen reduzierten die öffentlichen Bauherren das geplante Investitionsvolumen um mehr als die Hälfte auf 72 Mill. Euro.

Einschließlich der Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden errechnet sich für 2002 ein Investitionsvolumen von gut 1,38 Mrd. Euro. Gegenüber 2001 sanken die geplanten Gebäudeinvestitionen um rund 125 Mill. Euro bzw. 8,3%. Insgesamt genehmigten die Bauaufsichtsbehörden in Rheinland-Pfalz 2 889 Bauanträge für Neu- und Umbauten im Sektor Nichtwohnbau, fast 15% weniger als im Jahr 2001.

Diplom-Betriebswirt Arthur Hesseler

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 035 ¹⁾	4 049 ¹⁾	4 037	4 039	4 040	4 049	4 048	4 048	4 049
darunter Ausländer ²⁾	1 000	302 ¹⁾	308 ¹⁾	305	307	308	310	311	312	313
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 844	1 717	1 210	1 322	2 229	1 306	1 158	1 164	2 571
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	3 152	2 982	2 942	2 872	2 990	2 636	2 741	2 934	2 840
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	9,4	8,9	8,6	8,7	8,7	8,5	8,0	8,8	8,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 507	3 519	3 728	3 453	3 602	3 418	3 640	3 917	3 439
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,5	10,9	10,4	10,5	11,0	10,6	11,8	10,0
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	16	13	15	8	11	14	8	22	11
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	5,1	4,3	5,1	2,8	3,7	5,3	2,9	7,5	3,9
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 355	- 537	- 786	- 581	- 612	- 782	- 899	- 983	- 599
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 1,1	- 1,6	- 2,3	- 1,8	- 1,8	- 2,5	- 2,6	- 3,0	- 1,7
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 081	9 375	8 920	8 980	8 423	7 620	8 017	8 608	8 405
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 717	2 919	2 984	2 816	2 742	2 383	2 567	2 858	2 573
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 411	7 629	4 650	7 119	6 888	6 804	7 447	7 622	7 231
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 139	1 816	1 711	1 488	1 691	1 469	1 585	1 432	1 510
* Wanderungsgewinn (+)										
bzw. -verlust (-)	Anzahl	671	1 746	4 270	1 861	1 535	816	570	986	1 174
* Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁸⁾	Anzahl	13 496	13 180	12 394	12 739	12 389	10 920	11 241	12 096	12 025
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		1999	2000			2001			2002	
		30. 6.	30. 9.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 12.	31. 3.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁹⁾	1 000	1 175	1 191	1 215	1 199	1 192	1 194	1 215	1 199	1 194
* Frauen	1 000	507	518	530	527	526	525	535	533	534
* Ausländer/-innen	1 000	75	77	80	76	77	78	78	75	75
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	170	184	186	188	190	193	194	195	198
* darunter Frauen	1 000	153	162	164	165	167	169	170	171	174
davon nach Wirtschaftsgliederung										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	14	12	13	13	14	12	13
* produzierendes Gewerbe										
ohne Baugewerbe	1 000	360	361	366	362	361	358	360	356	353
* Baugewerbe	1 000	93	92	95	90	87	88	91	86	83
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	264	268	273	268	265	268	275	272	271
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	127	134	138	136	137	138	142	139	140
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	317	322	329	329	329	329	332	333	334

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. - 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. - 3) 2002 vorläufige Ergebnisse. - 4) Nach dem Ereignisort. - 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 8) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 9) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Arbeitsmarkt	Einheit	2000	2001		2002				2003		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Arbeitslose	Anzahl	138 337	134 801	134 044	141 710	154 106	138 421	143 136	151 254	167 148	
* Frauen	Anzahl	63 800	61 894	61 648	62 989	65 312	61 832	63 145	64 732	69 135	
* Männer	Anzahl	74 537	72 907	72 396	78 721	88 794	76 589	79 991	86 522	98 013	
darunter											
Bauberufe	Anzahl	6 745	7 009	6 456	8 003	10 537	6 516	7 063	8 544	11 116	
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	38 827	37 562	37 427	40 491	44 621	38 990	40 657	43 619	48 722	
* Arbeitslosenquote ¹⁾	%	8,1	7,6	7,5	7,9	8,6	7,7	7,9	8,4	9,3	
* Frauen	%	8,3	7,6	7,5	7,6	7,9	7,4	7,5	7,7	8,2	
* Männer	%	7,9	7,6	7,5	8,1	9,2	7,9	8,3	9,0	10,2	
* Ausländer/-innen	%	16,0	15,7	16,3	17,3	18,5	16,4	17,3	18,2	19,7	
* Jüngere unter 25 Jahren	%	7,8	7,3	6,9	7,4	8,2	7,1	7,3	7,6	8,7	
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 446	3 296	5 448	4 871	7 275	8 537	7 894	7 706	10 587	
* Gemeldete Stellen	Anzahl	31 146	32 008	23 343	24 556	29 110	23 248	21 885	24 026	28 238	
darunter											
Bauberufe	Anzahl	898	654	473	436	422	531	453	368	398	
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	6 741	7 162	6 538	5 871	5 816	5 680	5 097	4 811	4 725	
BAUTÄTIGKEIT											
(Baugenehmigungen)											
Baugenehmigungen für Wohngebäude											
		2000	2001			2002					
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Wohngebäude (Neubau)											
insgesamt	Anzahl	903	757	713	679	526	771	743	779	975	
* davon mit ...											
1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	844	718	669	646	498	737	713	756	943	
3 und mehr Wohnungen ²⁾	Anzahl	59	40	44	33	28	34	30	23	32	
davon											
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	3	3	-	2	3	1	1	1	4	
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	164	102	107	124	77	133	80	89	52	
Unternehmen	Anzahl	735	653	606	553	446	637	662	689	919	
private Haushalte	Anzahl	1 382	1 065	1 009	934	719	1 143	932	982	1 269	
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 000 m ³	949	768	708	668	499	774	671	704	943
* Umbauter Raum	1 000 m ³	170	137	130	123	90	142	123	128	167	
* Wohnfläche	1 000 m ²	7 387	5 948	5 620	5 210	4 008	6 182	5 342	5 670	7 403	
Wohnräume	Anzahl										
* Veranschlagte Kosten der											
Bauwerke	Mill. EUR	214	173	160	152	113	171	152	159	212	
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude											
* Nichtwohngebäude (Neubau)											
insgesamt	Anzahl	184	161	181	173	109	146	145	122	103	
davon											
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	20	18	13	26	13	16	13	22	8	
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	158	137	158	137	89	121	123	92	90	
Unternehmen	Anzahl	6	6	10	10	7	9	9	8	5	
private Haushalte	Anzahl	42	31	14	16	11	8	11	10	25	
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	1 000 m ³	988	1 051	1 327	740	1 159	1 251	771	609	
* Umbauter Raum	1 000 m ³	151	148	155	118	205	152	157	110	102	
* Nutzfläche	1 000 m ²										
* Veranschlagte Kosten der											
Bauwerke	Mill. EUR	101	95	69	116	117	125	110	62	73	
Genehmigte Wohnungen											
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)											
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-											
nahmen an bestehenden	Anzahl	1 576	1 227	1 144	1 102	751	1 222	1 029	1 115	1 383	
Gebäuden)	Anzahl	8 500	6 929	6 491	6 111	4 555	7 078	6 102	6 483	8 211	
* Wohnräume (einschließl. Küchen)											

1) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 2) Einschließlich Wohnheime.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	11 571	10 934	11 806	11 821	10 478	10 154	11 305	11 547	10 166
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 749	2 678	3 138	3 852	2 816	2 549	3 436	3 547	2 888
* Kälber	t	24	25	29	37	53	17	25	29	45
* Schweine	t	8 672	8 099	8 513	7 777	7 477	7 508	7 744	7 873	7 114
* Eierzeugung ²⁾	1 000	13 631	13 029	14 447	13 838	13 311	10 165	10 391	9 981	10 155
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	62 033	62 436	61 430	58 746	61 816	60 005	60 474	58 428	63 068
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 308	2 390	2 390	2 384	2 384	2 374	2 373	2 366	2 366
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	303 460	301 466	301 562	300 364	297 844	297 327	295 916	294 752	292 378
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	193 426	192 058	191 818	190 611	187 905	186 726	185 492	184 732	182 846
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000 h	25 658	25 172	26 267	25 771	21 763	24 495	25 374	24 939	21 485
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	885	900	862	1 183	880	841	855	1 153	885
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	466	472	466	621	454	439	455	597	454
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	419	429	396	562	427	402	400	555	431
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 106	5 160	5 363	5 217	4 676	5 339	5 389	5 475	4 969
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 973	2 893	2 973	2 889	2 369	3 012	3 013	3 178	2 591
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 149	1 226	1 283	1 208	1 289	1 288	1 290	1 239	1 346
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	105	111	126	131	105	104	108	111	90
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	879	930	981	988	914	934	979	947	942
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 072	2 176	2 233	2 242	1 951	2 292	2 328	2 476	2 159
Exportquote ⁶⁾	%	40,6	42,2	41,6	43,0	41,7	42,9	43,2	45,2	43,5
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	137	129	122	148	149	120	132	145	154
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	
Energieverbrauch	1 000 GJ	53 842	50 639	49 852	45 867	50 989	53 609	44 449	46 475	51 909
Kohleverbrauch	1 000 GJ	2 007	1 604	1 675	1 531	1 424	1 076	1 092	1 253	1 396
Gasverbrauch ⁷⁾	1 000 GJ	36 253	34 390	33 822	29 958	34 900	37 458	28 685	30 340	35 455
Heizölverbrauch	1 000 GJ	2 569	1 985	1 750	1 580	2 271	2 290	1 724	1 540	1 996
Stromverbrauch	1 000 GJ	13 012	12 660	12 606	12 798	12 394	12 786	12 949	13 342	13 062
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	86	87	87	87	85	85	85	85
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	12 389	10 855	10 769	10 744	10 737	11 008	10 975	10 941	10 904
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	5 945	4 823	4 792	4 775	4 769	4 798	4 778	4 744	4 747
* Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	1 000 h	751	607	633	630	568	1 410	1 457	1 445	1 279
Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	39	33	39	41	32	31	40	43	33
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	16	12	15	15	12	12	15	16	12
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	23	20	24	25	19	19	25	27	21
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁸⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	555	600	644	696	741	376	618	662	637
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	537	585	632	680	724	361	606	650	622
Gasaufkommen	Mill. kWh	5 774	5 971	5 228	7 438	8 661	4 408	5 994	6 619	8 200

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. - 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. - 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. - 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 7) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert = oberer Heizwert). - 8) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Baugewerbe	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	46 850	44 678	44 753	44 569	43 992	42 629	42 322	41 753	41 271
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 989	4 494	5 218	4 684	3 319	4 703	4 680	4 212	3 037
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	2 192	1 805	2 028	1 857	1 289	1 727	1 715	1 536	1 081
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 241	1 154	1 313	1 187	909	1 169	1 218	1 117	905
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 556	1 535	1 877	1 640	1 121	1 807	1 747	1 559	1 051
darunter Straßenbau	1 000 h	723	695	894	753	493	861	819	710	490
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	102	98	101	118	99	96	98	110	96
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	78	74	79	88	74	73	75	81	71
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	24	24	22	30	25	23	23	29	25
* Baugewerblicher Umsatz										
(ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	370	352	407	415	414	378	392	409	417
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	124	110	120	124	128	114	118	125	115
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	112	103	118	122	110	117	113	122	122
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	134	140	170	168	175	147	161	161	180
darunter Straßenbau	Mill. EUR	58	63	84	77	80	70	77	69	84
Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe) ⁴⁾										
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Betriebe ⁵⁾	Anzahl	402	394	394	393	392	388	390	386	378
* Beschäftigte ^{2) 5)}	Anzahl	14 308	13 850	13 754	13 869	13 707	13 411	13 228	13 395	12 822
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 398	4 194	4 126	4 262	4 176	3 866	3 971	4 017	3 836
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	91	89	88	87	97	83	86	87	92
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	64	63	62	62	69	58	60	62	64
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	27	26	26	25	28	24	26	25	27
* Baugewerblicher Umsatz										
(ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	309	290	270	284	377	229	269	289	336
HANDEL										
		2000	2001				2002			
Großhandel ^P		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Beschäftigte	2000=100	100,0	97,4	97,8	96,8	95,3	93,8	93,1	92,2	91,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,0	100,5	102,1	101,7	98,9	102,3	101,1	96,1	95,2
* Umsatz nominal ⁶⁾	2000=100	100,0	99,6	111,6	102,4	87,4	99,1	104,5	94,1	91,0
* Umsatz real ⁶⁾	2000=100	100,0	98,5	111,0	104,0	87,6	97,3	104,0	94,5	90,7
Einzelhandel ^P										
* Beschäftigte	2000=100	100,0	102,1	104,0	103,0	103,9	101,8	102,0	101,9	102,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,0	101,9	102,5	103,3	105,1	103,8	104,5	104,9	105,6
* Umsatz nominal ⁶⁾	2000=100	100,0	102,3	102,0	106,8	117,1	97,4	104,4	104,1	115,8
* Umsatz real ⁶⁾	2000=100	100,0	100,7	100,0	105,0	115,4	95,6	102,8	102,9	114,4
Kfz-Handel und Tankstellen ^P										
* Beschäftigte	2000=100	100,0	99,0	100,4	100,0	99,5	104,0	103,8	103,7	103,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,0	100,8	103,0	102,9	100,7	106,9	108,7	108,8	105,7
* Umsatz nominal ⁶⁾	2000=100	100,0	101,0	101,8	112,1	100,1	102,0	112,3	103,7	90,8
* Umsatz real ⁶⁾	2000=100	100,0	99,3	99,6	109,9	98,0	98,8	108,9	100,7	88,0
GASTGEWERBE ^P										
* Beschäftigte	2000=100	100,0	100,6	105,0	99,2	97,8	104,3	104,7	99,9	99,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,0	99,8	104,1	97,7	96,4	105,8	106,4	101,2	102,1
* Umsatz nominal ⁶⁾	2000=100	100,0	102,7	114,3	107,2	96,6	115,7	110,9	97,7	93,9
* Umsatz real ⁶⁾	2000=100	100,0	101,0	112,0	106,5	95,2	109,8	105,1	93,7	89,6

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. - 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. - 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Am Ende des Berichtsvierteljahres. - 6) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Gästeankünfte	1 000	541	515	686	477	314	728	686	440	337
* darunter von Auslandsgästen	1 000	113	104	114	87	74	121	110	82	85
* Gästeübernachtungen	1 000	1 596	1 535	2 050	1 186	974	2 056	1 991	1 148	1 015
* darunter von Auslandsgästen	1 000	324	299	322	211	225	336	314	208	248
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	10 384	10 535	10 615	10 850	11 559	10 443	10 647	11 421	10 981
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 578	1 558	1 643	1 679	1 485	1 857	1 877	1 646	1 461
* Getötete Personen	Anzahl	30	26	35	34	29	27	33	31	33
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	17	15	26	18	17	12	17	17	26
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	5	5	5	2	11	9	3	-
Radfahrer	Anzahl	2	1	-	1	-	-	2	-	4
Fußgänger	Anzahl	3	3	3	5	7	2	4	8	3
* Verletzte Personen	Anzahl	2 095	2 075	2 186	2 229	1 989	2 489	2 378	2 226	1 917
darunter schwer verletzte Personen	Anzahl	458	424	456	501	357	550	488	420	339
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	253	229	262	264	223	248	210	248	194
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	93	88	89	118	50	138	140	65	48
Radfahrer	Anzahl	44	45	45	47	18	99	64	34	34
Fußgänger	Anzahl	46	44	35	50	51	35	48	59	52
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	17 744	16 807	15 666	16 563	14 859	14 576	15 864	15 126	13 819
darunter										
Kraftträder	Anzahl	1 109	975	534	346	198	873	528	339	144
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	15 265	14 525	13 893	14 972	13 454	12 619	14 118	13 562	12 602
* Lastkraftwagen	Anzahl	980	917	872	945	879	775	894	903	815
* Zugmaschinen	Anzahl	219	200	191	186	161	164	174	195	149
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr										
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	
Beförderte Personen	1 000	69 962	70 711	71 499	63 562	74 166	75 930	72 587	64 244	...
darunter im allgemeinen Linienverkehr	1 000	65 530	66 331	66 914	59 366	69 710	72 345	68 273	60 305	...
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	1 011	1 045	1 065	1 110	1 089	878	1 026	1 040	...
Binnenschifffahrt										
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gütereingang	1 000 t	1 335	1 278	1 267	1 358	1 221	1 363	1 170	1 295	1 175
* Güterversand	1 000 t	825	806	813	907	871	810	800	869	789
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 044	2 137	1 963	2 175	2 108	2 066	2 181	2 277	2 323
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	101	135	132	148	168	139	146	158	145
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 942	2 003	1 831	2 026	1 939	1 927	2 036	2 119	2 178
* Rohstoffe	Mill. EUR	19	16	13	15	13	17	16	19	20
* Halbwaren	Mill. EUR	74	83	68	79	74	65	78	76	83
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 849	1 904	1 750	1 932	1 852	1 846	1 941	2 023	2 075
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	607	599	564	600	576	636	616	664	610
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 243	1 305	1 185	1 332	1 276	1 210	1 325	1 360	1 465

1) Betriebe ab 9 Betten. - 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. - 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. - 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrweiten. - 5) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2000	2001			2002			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
davon nach									
* Europa	Mill. EUR	1 495	1 549	1 409	1 577	1 573	1 488	1 523	1 707
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	1 022	1 238	1 113	1 249	1 261	1 159	1 217	1 359
Belgien	Mill. EUR	132	140	128	147	136	156	136	153
Luxemburg	Mill. EUR	21	26	19	22	20	24	21	35
Dänemark	Mill. EUR	30	31	27	40	27	31	28	27
Finnland	Mill. EUR	13	16	15	16	17	19	23	18
Frankreich	Mill. EUR	280	292	256	283	290	251	272	298
Griechenland	Mill. EUR	18	19	21	17	21	17	19	22
Großbritannien	Mill. EUR	152	152	131	157	163	157	161	194
Irland	Mill. EUR	9	10	11	11	8	9	8	9
Italien	Mill. EUR	162	167	162	185	193	127	173	187
Niederlande	Mill. EUR	115	118	96	114	120	117	118	115
Österreich	Mill. EUR	87	94	83	97	90	94	90	94
Schweden	Mill. EUR	36	34	34	36	33	31	33	37
Spanien	Mill. EUR	101	119	107	108	120	106	118	152
Portugal	Mill. EUR	19	20	23	15	22	20	18	16
* Afrika	Mill. EUR	38	49	48	52	58	40	63	46
* Amerika	Mill. EUR	240	249	234	243	205	244	284	243
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	174	179	167	169	148	183	217	171
* Asien	Mill. EUR	255	274	255	283	257	271	293	260
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	53	58	39	36	49	50	51
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	14	16	17	18	15	23	19	21
Einfuhr (Generalhandel)									
* Insgesamt	Mill. EUR	1 525	1 480	1 301	1 449	1 504	1 383	1 394	1 559
davon									
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	132	136	130	125	136	130	121	155
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 393	1 345	1 171	1 324	1 368	1 254	1 273	1 404
davon									
* Rohstoffe	Mill. EUR	24	34	23	26	39	53	40	43
* Halbwaren	Mill. EUR	242	197	209	206	178	164	175	176
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 128	1 113	940	1 092	1 151	1 036	1 058	1 185
davon									
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	285	285	226	256	291	284	251	316
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	843	828	714	836	860	753	807	868
davon aus									
* Europa	Mill. EUR	1 208	1 132	988	1 139	1 120	1 090	1 113	1 218
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	798	923	820	919	892	849	892	970
Belgien	Mill. EUR	145	146	152	158	134	151	138	161
Luxemburg	Mill. EUR	22	24	16	22	31	18	23	21
Dänemark	Mill. EUR	31	36	30	39	35	7	54	28
Finnland	Mill. EUR	8	6	5	3	5	5	4	5
Frankreich	Mill. EUR	213	192	202	162	192	187	213	254
Griechenland	Mill. EUR	1	3	2	2	2	2	3	10
Großbritannien	Mill. EUR	63	75	57	79	70	70	52	84
Irland	Mill. EUR	12	11	7	15	14	11	7	11
Italien	Mill. EUR	99	99	77	98	100	93	83	112
Niederlande	Mill. EUR	209	179	141	193	188	183	164	137
Österreich	Mill. EUR	43	46	40	49	30	45	41	46
Schweden	Mill. EUR	35	26	37	24	22	16	47	20
Spanien	Mill. EUR	69	62	38	54	56	48	48	67
Portugal	Mill. EUR	17	19	17	22	16	15	16	14
* Afrika	Mill. EUR	30	34	21	35	33	23	28	32
* Amerika	Mill. EUR	122	152	132	120	179	106	111	147
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	102	125	93	106	147	93	80	107
* Asien	Mill. EUR	160	157	153	151	169	158	137	155
darunter aus Japan	Mill. EUR	37	32	26	34	29	36	30	38
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	4	7	4	3	6	5	6
GEWERBEANZEIGEN ²⁾									
		2000	2001			2002			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 150	3 106	3 011	3 016	2 500	2 945	2 975	2 813
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 653	2 626	2 577	2 561	2 938	2 320	2 510	2 605

1) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird. – 2) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

INSOLVENZEN		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Beantragte Insolvenzverfahren davon	Anzahl	145	184	189	162	237	362	402	361	345
Unternehmen einschließlich Kleingewerbe	Anzahl	91	107	107	96	132	116	112	115	118
natürliche Personen als Gesellschaftscharter u.Ä., Nachlässe ¹⁾	Anzahl	15	15	8	8	41	127	148	124	106
Verbraucher	Anzahl	39	62	74	58	64	119	142	122	121
Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	54	69	66	77	73	130	145	98	109
HANDWERK ²⁾		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		2. Quartal	3 Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
* Beschäftigte ³⁾	1998=100	94,2	90,6	89,5	90,9	89,7	87,8	86,7	87,3	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1998=100	103,3	102,3	100,9	102,5	112,0	86,7	97,0	93,6	...
PREISE		2000	2001		2002			2003		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Verbraucherpreisindex	2000=100	100,0	101,9	102,8	103,0	103,3	102,8	103,8	103,9	104,4
VERDIENSTE ⁴⁾		2000 ^f	2001 ^f				2002			
		Durchschnitt		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 393	2 415	2 419	2 438	2 425	2 359	2 459	2 484	2 500
* Männer	EUR	2 466	2 487	2 494	2 511	2 497	2 424	2 532	2 555	2 574
* Frauen	EUR	1 797	1 821	1 815	1 830	1 823	1 824	1 839	1 870	1 861
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	14,39	14,60	14,57	14,62	14,65	14,79	14,89	15,05	15,13
* Männer	EUR	14,79	15,01	14,98	15,01	15,05	15,23	15,29	15,45	15,53
darunter										
Facharbeiter	EUR	15,83	16,12	16,09	16,17	16,18	16,35	16,35	16,56	16,64
angelernte Arbeiter	EUR	14,23	14,41	14,36	14,44	14,44	14,55	14,63	14,80	14,82
Hilfsarbeiter	EUR	12,01	12,13	12,21	12,08	12,12	12,25	12,42	12,54	12,58
* Frauen	EUR	11,03	11,23	11,18	11,28	11,27	11,26	11,39	11,54	11,57
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,44	10,55	10,53	10,61	10,53	10,48	10,57	10,72	10,73
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,3	38,0	38,2	38,4	38,1	36,7	38,0	38,0	38,0
Arbeiter	h	38,4	38,1	38,3	38,5	38,2	36,6	38,1	38,1	38,1
Arbeiterinnen	h	37,5	37,3	37,4	37,3	37,2	37,3	37,1	37,3	37,0
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 383	3 475	3 466	3 483	3 487	3 512	3 549	3 586	3 601
* Männer	EUR	3 660	3 751	3 742	3 761	3 764	3 788	3 827	3 864	3 877
* Frauen	EUR	2 603	2 684	2 671	2 691	2 699	2 719	2 752	2 787	2 806
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 097	3 181	3 174	3 180	3 197	3 229	3 264	3 291	3 315
Männer	EUR	3 576	3 660	3 655	3 653	3 680	3 728	3 767	3 783	3 806
Frauen	EUR	2 545	2 628	2 616	2 638	2 643	2 660	2 690	2 723	2 741
* technische Angestellte	EUR	3 615	3 708	3 696	3 722	3 717	3 732	3 772	3 817	3 826
Männer	EUR	3 699	3 794	3 782	3 811	3 803	3 816	3 855	3 902	3 910
Frauen	EUR	2 825	2 894	2 882	2 893	2 909	2 943	2 988	3 027	3 050
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 497	2 592	2 564	2 599	2 617	2 675	2 656	2 698	2 702
* Männer	EUR	2 778	2 882	2 865	2 881	2 907	2 976	2 949	2 993	2 996
* Frauen	EUR	2 154	2 232	2 199	2 241	2 255	2 292	2 279	2 310	2 319
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 502	2 603	2 573	2 610	2 630	2 690	2 674	2 709	2 713
Männer	EUR	2 832	2 952	2 932	2 952	2 981	3 054	3 038	3 070	3 069
Frauen	EUR	2 159	2 239	2 204	2 248	2 262	2 300	2 283	2 313	2 323
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 932	3 030	3 010	3 039	3 052	3 100	3 112	3 152	3 165

1) Ab Dezember 2001 einschließlich ehemals selbständig Tätige. - 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. - 4) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		30. 6.	30. 9.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 12.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	103 350	109 195	108 504	109 861	111 294	111 559	112 021	113 379	113 760
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 581	14 273	14 066	14 238	14 374	13 955	13 606	13 620	13 528
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 011	10 565	10 623	10 501	10 839	11 135	10 828	10 887	10 873
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	79 758	84 358	83 815	85 122	86 081	86 469	87 587	88 872	89 359
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	97 596	102 591	101 804	103 559	104 365	104 767	105 554	106 865	107 311
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	87 502	90 728	90 364	91 278	91 765	91 869	92 932	94 218	94 544
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 094	11 863	11 440	12 281	12 600	12 898	12 622	12 647	12 767
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 755	6 604	6 700	6 302	6 929	6 792	6 467	6 514	6 449
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	74 619	77 100	76 244	76 977	80 242	79 143	79 554	79 752	82 347
Sichteinlagen	Mill. EUR	15 940	17 886	17 273	18 188	19 788	19 459	19 838	20 186	21 481
Termineinlagen	Mill. EUR	22 169	23 500	23 435	23 514	24 188	23 786	24 253	24 306	24 970
Sparbriefe	Mill. EUR	5 424	5 568	5 585	5 648	5 587	5 526	5 578	5 564	5 654
Spareinlagen	Mill. EUR	31 086	30 146	29 951	29 627	30 679	30 372	29 885	29 696	30 242
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	71 840	73 842	72 846	73 688	76 910	76 549	76 880	77 115	79 736
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	68 435	71 627	70 508	71 504	74 704	74 476	74 564	74 968	77 529
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	3 405	2 215	2 338	2 184	2 206	2 073	2 316	2 147	2 207
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 779	3 258	3 398	3 289	3 332	2 594	2 674	2 637	2 611
STEUERN		2000	2001			2002				2003
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 248	2 176	2 323	2 766	2 099	1 792	2 183	2 765	1 917
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	830	770	874	1 323	863	428	753	1 286	757
Lohnsteuer	Mill. EUR	622	609	820	803	574	446	802	749	644
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	110	119	382	-	-	-	347	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	32	20	- 36	292	- 18	- 40	- 45	327	- 66
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	45	71	24	29	181	23	8	21	69
Zinsabschlag	Mill. EUR	26	33	50	14	117	13	29	15	101
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	11	12	34	-	-	-	16	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	104	38	16	185	10	- 15	- 41	173	9
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	7	1	44	-	-	-	- 15	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 418	1 406	1 448	1 444	1 236	1 364	1 430	1 480	1 160
Umsatzsteuer	Mill. EUR	381	368	382	411	372	375	382	397	279
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 037	1 038	1 066	1 032	863	989	1 048	1 082	881
Zölle	Mill. EUR	107	104	106	100	79	102	94	89	81
Bundessteuern	Mill. EUR	141	137	118	347	65	101	89	230	57
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	97	95	102	272	11	73	63	155	13
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	37	35	9	69	48	21	18	67	36

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch STEUERN	Einheit	2000	2001			2002				2003
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Landessteuern	Mill. EUR	67	74	65	46	86	74	70	59	92
Vermögensteuer	Mill. EUR	3	1	- 1	1	2	2	1	1	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	10	12	8	6	9	10	6	6	8
Grunderwerbsteuer ¹⁾	Mill. EUR	7	7	7	6	10	18	14	15	19
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	31	37	32	23	48	32	28	25	40
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	11	11	15	4	14	10	17	6	22
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	3	0	0	0	3	0
Biersteuer	Mill. EUR	4	3	3	3	3	3	3	3	3
		2000	2001			2002				
		Durchschnitt		2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Gemeindesteuern	Mill. EUR	426	373	376	432	366	341	364	395	364
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	4	5	5	4	4	5	5	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	90	92	94	102	83	88	102	104	86
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	294	238	234	287	238	218	234	274	267
Grunderwerbsteuer										
(Gemeindeanteil) ²⁾	Mill. EUR	30	30	33	30	35	23	12	3	1
sonstige Gemeindesteuern	Mill. EUR	8	8	11	8	6	7	11	8	6
		2000	2001			2002				
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Ge- meinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	642	583	587	630	683	485	553	595	664
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. EUR	228	177	190	228	135	191	170	225	155
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	253	241	227	227	379	155	227	220	367
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	28	29	27	30	42	17	27	30	45
		2000	2001			2002				2003
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	605	573	612	788	672	451	566	803	607
Landessteuern	Mill. EUR	67	74	65	46	86	74	70	59	92
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	312	281	326	484	380	131	266	451	328
Lohnsteuer	Mill. EUR	220	214	303	249	244	140	291	217	274
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	13	8	- 15	124	- 8	- 17	- 19	139	- 28
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	19	30	9	12	88	9	2	2	33
Zinsabschlag	Mill. EUR	12	14	22	6	52	6	13	7	44
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	49	15	7	92	4	- 7	- 21	86	5
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	209	203	216	211	215	202	218	249	193
Umsatzsteuer	Mill. EUR	146	137	146	142	146	148	150	179	112
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	63	65	70	69	69	54	68	70	81
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	5	5	2	17	- 3	18	5	18	- 2
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	1	6	- 1	4	1	4	- 1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	8	7	2	20	- 4	18	5	18	- 2
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	1	0	4	- 1	4	1	4	-
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 239	1 196	1 234	1 678	1 096	992	1 136	1 558	972
Bundessteuern	Mill. EUR	141	137	118	347	65	101	89	230	57
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	364	336	375	578	383	183	318	561	329
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	729	717	739	736	624	690	724	749	588
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	5	5	2	17	- 3	18	5	18	- 2

1) Bis 2001 nur der Landesanteil. – 2) Ab 2002 Restabwicklung. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

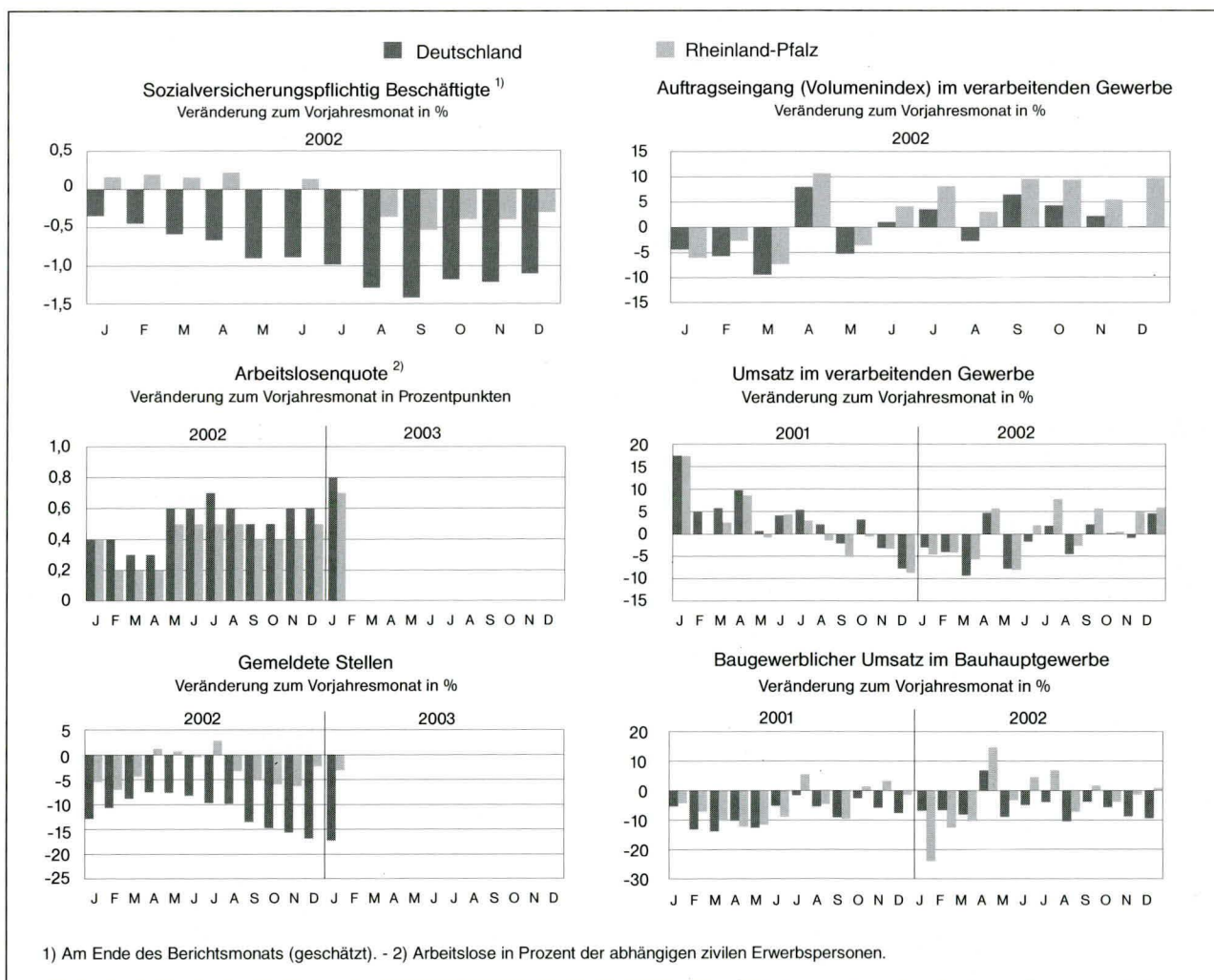
Daten zur Konjunktur Deutschland / Rheinland-Pfalz

Beschäftigte ¹⁾	Land	Einheit	Nov. 02	Veränderung in % zum		Dez. 02	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^D am Arbeitsort ²⁾	D	1 000	27 837	- 0,1	- 1,2	27 561	- 1,0	- 1,1
	RLP	1 000	1 208	- 0,2	- 0,4	1 195	- 1,1	- 0,3
darunter								
verarbeitendes Gewerbe	D	1 000	7 167	0,1	- 2,5	7 126	- 0,6	- 2,3
	RLP	1 000	338	0,1	- 2,1	335	- 0,9	- 2,2
Handel, Verkehr, Dienstleistungen	D	1 000	18 092	0,1	0,1	17 992	- 0,5	0,3
	RLP	1 000	758	- 0,0	1,0	753	- 0,6	1,2
Arbeitsmarkt ¹⁾								
			Dez. 02	Veränderung in % ¹⁾ zum		Jan. 03	Veränderung in % ¹⁾ zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
*) bei Arbeitslosenquoten Veränderung in Prozentpunkten								
Arbeitslose	D	Anzahl	4 225 104	4,9	6,6	4 623 084	9,4	7,8
	RLP	Anzahl	151 254	5,7	6,7	167 148	10,5	8,5
Arbeitslosenquote ³⁾	D	%	10,1	0,4	0,5	11,1	1,0	0,7
	RLP	%	7,5	0,4	0,4	8,3	0,8	0,6
Arbeitslosenquote ⁴⁾	D	%	11,2	0,5	0,6	12,3	1,1	0,8
	RLP	%	8,4	0,5	0,5	9,3	0,9	0,7
Jüngere unter 25 Jahre	D	%	9,4	0,3	0,4	10,6	1,2	0,6
	RLP	%	7,6	0,3	0,2	8,7	1,1	0,5
Gemeldete Stellen	D	Anzahl	324 135	- 5,7	- 16,7	349 617	7,9	- 17,2
	RLP	Anzahl	24 026	9,8	- 2,2	28 238	17,5	- 3,0
Baugenehmigungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)								
			Nov. 02	Veränderung in % zum		Dez. 02	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Gebäude (Neubau)	D	Anzahl	14 346	- 3,1	- 1,7
	RLP	Anzahl	901	1,5	5,8	1 078	19,6	69,8
Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	D	Anzahl	19 886	- 2,8	- 4,4
	RLP	Anzahl	1 115	8,4	1,2	1 383	24,0	84,2
Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾								
Beschäftigte	D	1 000	6 165	- 0,3	- 3,3	6 128	- 0,6	- 3,3
	RLP	1 000	295	- 0,4	- 1,9	292	- 0,8	- 1,8
Geleistete Arbeiterstunden	D	1 000	507 149	- 1,9	- 5,6	430 312	- 15,2	- 2,4
	RLP	1 000	24 939	- 1,7	- 3,2	21 485	- 13,8	- 1,3
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	D	Mill. EUR	116 678	- 0,8	- 0,7	107 353	- 8,0	4,8
	RLP	Mill. EUR	5 475	1,6	5,0	4 969	- 9,3	6,2
Auftragseingang (Volumenindex)	D	1995=100	124,7	- 1,7	2,1	110,8	- 11,1	0,1
	RLP	1995=100	111,1	- 5,6	5,4	95,2	- 14,3	9,7
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau)								
Beschäftigte	D	1 000	873	- 1,2	- 7,9	849	- 2,8	- 7,8
	RLP	1 000	42	- 1,3	- 6,3	41	- 1,2	- 6,2
Geleistete Arbeitsstunden	D	1 000	89 863	- 8,9	- 10,3	58 444	- 35,0	- 13,2
	RLP	1 000	4 212	- 10,0	- 10,1	3 037	- 27,9	- 8,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	D	Mill. EUR	8 398	1,2	- 8,0	8 130	- 3,2	- 9,2
	RLP	Mill. EUR	409	4,3	- 1,4	417	2,0	0,7
Handel und Gastgewerbe ^{D)}								
Einzelhandel (ohne Kfz-Handel und Tankstellen)								
Beschäftigte	D	2000=100	98,5	0,1	- 2,5	98,7	0,2	- 2,5
	RLP	2000=100	101,9	- 0,1	- 1,0	102,7	0,8	- 1,2
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	106,2	0,9	- 3,9	118,4	11,5	- 3,7
	RLP	2000=100	104,1	- 0,3	- 2,5	115,8	11,2	- 1,0

1) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. – 2) Am Ende des Berichtsmonats (geschätzt). – 3) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 4) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Daten zur Konjunktur Deutschland / Rheinland-Pfalz

noch Handel und Gastgewerbe ^{p)}	Land	Einheit	Nov. 02	Veränderung in % zum		Dez. 02	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Großhandel (ohne Kfz-Handel)								
Beschäftigte	D	2000=100	94,1	- 0,3	- 2,5	93,9	- 0,2	- 2,2
	RLP	2000=100	92,2	- 1,0	- 4,8	91,2	- 1,1	- 4,3
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	97,8	- 4,8	- 2,9	91,7	- 6,2	3,7
	RLP	2000=100	94,1	- 10,0	- 8,1	91,0	- 3,3	4,1
Gastgewerbe								
Beschäftigte	D	2000=100	95,1	- 3,8	- 3,5	95,8	0,7	- 2,7
	RLP	2000=100	99,9	- 4,6	0,1	99,8	- 0,1	2,0
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	87,5	- 12,6	- 7,5	93,1	6,4	- 8,5
	RLP	2000=100	97,7	- 11,9	- 10,4	93,9	- 3,9	- 2,7
Preise								
			Dez. 02	Veränderung in % zum		Jan. 03	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Verbraucherpreisindex	D	2000=100	104,0	1,0	1,2	104,0	0,0	1,1
	RLP	2000=100	103,8	1,0	1,0	103,9	0,1	0,9
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
			Okt. 02	Veränderung in % zum		Nov. 02	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Gewerbeanmeldungen	D	Anzahl	56 832	- 4,8	- 5,7
	RLP	Anzahl	2 975	1,0	- 1,2	2 813	- 5,4	- 6,7
Gewerbeabmeldungen	D	Anzahl	47 858	- 2,0	- 6,2
	RLP	Anzahl	2 510	8,2	- 2,6	2 605	3,8	1,7
Unternehmensinsolvenzen	D	Anzahl	3 250	0,5	11,5	3 266	0,5	25,9
	RLP	Anzahl	112	- 3,4	4,7	115	2,7	19,8



Neuerscheinungen im Februar

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz am 31. März 2002 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A6013 200241

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Viehbestände landwirtschaftlicher Betriebe am 3. November 2002
Bestellnr.: C3043 200200

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im November 2002
Bestellnr.: D1023 200211

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Dezember 2002
Bestellnr.: E1023 200212

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Dezember 2002
Bestellnr.: E1033 200212

Bauhauptgewerbe im Dezember 2002 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)
Bestellnr.: E2023 200212

Bauhauptgewerbe im Juni 2002 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) – Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung
Bestellnr.: E2033 200200

Beschäftigung in der Energie- und Wasserversorgung 2002
Bestellnr.: E4013 200200

Elektrizitäts- und Gasversorgung im Dezember 2002
Bestellnr.: E4023 200212

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Jahr 2002
Bestellnr.: F2013 200200

Baugenehmigungen im Dezember 2002
Bestellnr.: F2033 200212

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel und im Gastgewerbe im Dezember 2002
Bestellnr.: G1023 200212

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im November 2002
Bestellnr.: G4023 200211

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im November 2002
Bestellnr.: H1023 200211

Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im 3. Vierteljahr 2002
Bestellnr.: H1073 200243

Binnenschifffahrt im November 2002
Bestellnr.: H2023 200211

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Aufkommen an staatlichen Steuern 1998 bis 2002
Bestellnr.: L1013 200200

Preise und Preisindizes

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im November 2002
Bestellnr.: M1043 200244

Gesamtrechnungen

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1996 bis 2000 – Ergebnisse nach ESVG 1995
Bestellnr.: P1043 200000

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Dezember 2002
Bestellnr.: Z1013 200212

Veröffentlichungen im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Broschüre „SAAR - LOR - LUX - RHEINLAND-PFALZ - WALLONIE 2002“

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450
Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de des Statistischen Landesamtes sind die Veröffentlichungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Immer weniger US-Amerikaner besuchen Rheinland-Pfalz

Die Zahl der Touristen aus den Vereinigten Staaten ist im vergangenen Jahr um mehr als 20% auf knapp 138 000 gesunken. Damit setzte sich ein Abwärtstrend fort, der im Jahr 2001 begonnen hatte – und zwar schon vor dem 11. September. Bereits im Juli und August 2001 waren gut 20% weniger US-amerikanische Gäste gezählt worden als in den entsprechenden Monaten des Jahres 2000. Offenbar als Folge der Terroranschläge hatte es dann im September und im Oktober 2001 einen Einbruch um jeweils rund 30% gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten gegeben. Diese Entwicklung setzte sich im Jahr 2002 fort und war vor allem in den Hauptreisemonaten Mai bis August zu spüren, in denen bis zu 32% weniger Gäste aus den USA gezählt wurden.

Bei den Übernachtungen schlug die Entwicklung nicht ganz so stark zu Buche. Die amerikanischen Touristen blieben länger als im Vorjahr, so dass sich die Zahl der Übernachtungen im Jahr 2002 nur um knapp 6% auf 333 000 reduzierte.

US-Amerikaner waren in den vergangenen Jahren nach Niederländern, Belgiern und Briten die viertgrößte Gruppe ausländischer Touristen in Rheinland-Pfalz. Ihr Anteil an allen Gästen lag im vergangenen Jahr bei 2%, unter den ausländischen Touristen stellten sie 10%. Die höchste Zahl an Gästen aus den USA war im Jahr 1990 mit 214 000 registriert worden. Danach hatte es bis 1994 einen Rückgang auf 139 000 gegeben, dem ab Mitte der 90er-Jahre wieder ein Anstieg folgte; im Jahr 2000 wurden mehr als 200 000 Gäste aus den Vereinigten Staaten gezählt.

Drei von fünf Gasthörern sind älter als 60 Jahre

1 518 Gasthörerinnen und Gasthörer, 118 mehr als im Vorjahr, besuchten im Wintersemester 2002/2003 Lehrveranstaltungen an den rheinland-pfälzischen Hochschulen. Knapp die Hälfte (711) waren Frauen.

866 Gasthörer haben bereits das sechzigste Lebensjahr vollendet, unter ihnen 30 über 80-Jährige. Der „Seniorenanteil“ unter den Gasthörern lag im Wintersemester 2002/03 bei 57%, bei der Ersterhebung dieser Statistik im Wintersemester 1992/93 waren es nur 39%. Infolgedessen stieg auch das Durchschnittsalter der Wissendurstigen im Laufe der vergangenen zehn Jahre von 49 Jahren im Wintersemester 1992/93 auf zuletzt 56 Jahre an.

Knapp zwei Drittel der Gaststudierenden besuchten in einer ersten Fachrichtung Lehrveranstaltungen der Sprach- und Kulturwissenschaften; 15% wählten Gebiete aus der Fächergruppe „Mathematik, Naturwissenschaften“ und 9% belegten Vorlesungen und Kurse aus dem rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bereich.

Neue Gemeinschaftsveröffentlichungen erschienen

Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder:

„Kreiszahlen“, Ausgabe 2002

Die bundesweite Regionalstatistik „Kreiszahlen“, Ausgabe 2002, ist erschienen. Für ganz Deutschland sind in dieser Broschüre Angaben über alle kreisfreien Städte und Landkreise, Regierungsbezirke und Länder zusammengefasst. Sie enthält Daten aus den Bereichen Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft und Industrie, Bautätigkeit und Wohnungswesen, Tourismus und Verkehr sowie volkswirtschaftliche Kennzahlen und Wahlergebnisse. Die unmittelbare Vergleichbarkeit der Regionaldaten machen die „Kreiszahlen“ zu einem wertvollen Nachschlagewerk.

Die „Kreiszahlen“ sind ein Gemeinschaftsprodukt der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Sie basieren auf der Datenbank „Statistik regional“, die ebenfalls jährlich aktualisiert wird und wesentlich mehr Daten enthält.

Die Printausgabe „Kreiszahlen“ kostet 13,00 Euro zuzüglich Versandkosten.

Gemeinschaftsveröffentlichung im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit:

Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie

Die Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie liegt im Herzen Europas, umfasst 65 400 km² und ist die Heimat von 11,2 Mill. Menschen. Nahezu 3% der Wertschöpfung der Europäischen Union werden hier erbracht. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern des Saarlandes, Lothringens, Luxemburgs und Walloniens in einer 30-seitigen Broschüre Wissenswertes zu dieser Region zusammengetragen.

Aktuelle Zahlen zur Bevölkerung, zu Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Verdiensten, Wirtschaft und Verkehr, Gesundheit, Bildung, Kultur und vielen anderen Bereichen machen die Publikation, die kostenlos bezogen werden kann, zu einem kleinen Nachschlagewerk für alle, die sich für das Zusammenwachsen der Regionen in Europa interessieren.

Ihre Bestellung nehmen wir gerne entgegen:

Statistisches Landesamt · Vertrieb der Veröffentlichungen
Telefon 02603 71-2450 · Telefax 02603 71-3150
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Die Preisentwicklung im Februar

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte wird in Zukunft unter dem neuen Namen Verbraucherpreisindex fortgeführt. 2000 ist das neue so genannte Basisjahr. Bislang hatten sich die langfristigen Betrachtungen auf das Basisjahr 1995 bezogen. Die Indexrevision beinhaltet auch eine Anpassung des bundeseinheitlichen Warenkorbs. Neu ist u. a. die Einbeziehung des Sozialschutzes, darunter sind z. B. Altenheime, mobile Pflegedienste oder auch Essen auf Rädern zu verstehen. Zum Erfassungsbereich gehören nur Ausgaben, die von den privaten Haushalten selbst zu tragen sind. Auch im Zusammenhang mit transaktionsabhängigen Bankdienstleistungen gab es Veränderungen: Der Erfassungsbereich wurde z. B. auf Depotgebühren oder Gebühren für den Kauf und den Verkauf von Wertpapieren ausgedehnt. Die genannten Änderungen betreffen innerhalb des Gesamtindex den Bereich „Andere Waren und Dienstleistungen“.

Insgesamt ist der Verbraucherpreisindex gegenüber Februar 2002 um 1,1% gestiegen, gegenüber Januar legten die Preise um 0,5% zu. Im Januar hatte die Steigerung gegenüber Januar 2002 bei 0,9% gelegen, gegenüber Dezember 2002 bei 0,1%.

Betrachtet man die Preisindizes für ganze Güter- und Dienstleistungsgruppen, so ergeben sich im Vergleich zum Vorjahr die höchsten Preissteigerungen mit jeweils 4,3% in den Bereichen Verkehr sowie Alkoholische Getränke und Tabakwaren. Vor allem die hohen Treibstoffkosten haben die Preise im Bereich Verkehr verteuert, wobei sich die jüngste Preisrunde an den Tankstellen in der Steigerung der Verkehrskosten von 1% gegenüber Januar widerspiegelt. Für den Anstieg bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren war vor allem die Anhebung der Tabaksteuer zum 1. Januar verantwortlich. Die deutlichsten Preissenkungen hat es im Vergleich zum Februar 2002 bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken gegeben, die um 2,1% billiger geworden sind.

Informationen zum Preisindex im Internet

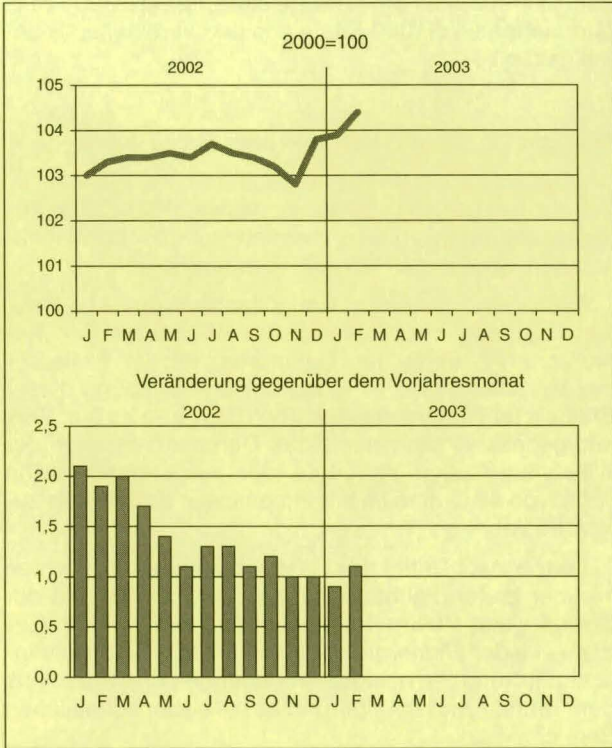
Das Statistische Landesamt veröffentlicht den Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz in seinem Internetangebot (www.statistik.rlp.de) in den Rubriken Aktuell/Daten zur Konjunktur und Statistische Basisdaten/Preise.

Unter www.destatis.de/wsk bietet das Statistische Bundesamt ein interaktives Programm, dass die selbständige Berechnung von Leistungsanpassungen bei vorhandenen Wertsicherungsklauseln ermöglicht.

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz nach Güter- und Dienstleistungsgruppen

Güter- und Dienstleistungsgruppe bzw. Lebenshaltung insgesamt	Februar 2003	Veränderung gegenüber	
		Februar 2002	Januar 2003
Güter- und Dienstleistungsgruppen			
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	105,0	- 2,1	+ 0,2
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	110,0	+ 4,3	+ 0,3
Bekleidung und Schuhe	99,9	- 1,1	+ 0,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	105,1	+ 1,8	+ 0,4
Möbel, Hausrat und ihre laufende Instandhaltung	101,0	- 0,1	-
Gesundheitspflege	101,0	- 0,4	-
Verkehr	107,5	+ 4,3	+ 1,0
Nachrichtenübermittlung	95,9	+ 0,2	+ 0,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	101,6	- 0,7	+ 1,9
Bildungswesen	104,9	+ 1,7	-
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	106,2	+ 1,6	+ 0,5
Andere Waren und Dienstleistungen	106,8	+ 1,4	-
Gesamtlebenshaltung			
Verbraucherpreisindex	104,4	+ 1,1	+ 0,5

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz Januar 2002 bis Februar 2003



Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft EUR 2,10, Jahresabonnement EUR 22,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon 02603 71-2450, Telefax 02603 71-3150, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2003 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.